



Bericht der Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisations-Kommission

HERAUSGEGEBEN VOM
LANDESVORSTAND DER SPD BERLIN

Vorsitzende der Kommission

Michael Biel, Landeskassierer

Cansel Kiziltepe, stellv. Vorsitzende

Weitere Mitglieder der Kommission

Kian Niroomand, stellv. Vorsitzender

Sven Heinemann, Landesgeschäftsführer

Ruppert Stüwe, Vertreter der SPD Steglitz-Zehlendorf

Sabine Smentek, Vertreter*in der SPD Mitte

Henry Marx, Vertreter der SPD Friedrichshain-Kreuzberg

Georg Heyn, Vertreter der SPD Pankow

Heike Hoffmann, Vertreterin SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

Helmut Kleebank, Vertreter der SPD Spandau

Wiebke Neumann, Vertreterin der SPD Tempelhof-Schöneberg

Leon Ottmüller, Vertreter der SPD Neukölln

Ana-Maria Trăsnea, Vertreterin der SPD Treptow-Köpenick

Gordon Lemm, Vertreter der SPD Marzahn-Hellersdorf

Kevin Hönicke, Vertreter der SPD Lichtenberg

Torsten Einstmann, Vertreter der SPD Reinickendorf

Gabriele Bischoff, MdEP

Torsten Schneider, Vertreter der Abgeordnetenhausfraktion

Severin Fischer, Vertreter der Senatsmitglieder

Alexander Sempff, Vertreter der BVV-Vorsitzenden

Carola Brückner, Vertreterin der Bezirksamtsmitglieder

Jana Bertels, Vertreterin der ASF

Peter Maas, Vertreter der Jusos

Susanne Pape, Vertreterin der AG 60 plus

Daniel Schwanz, Vertreter der AfA

Tim Renner, Vertreter der AGS

Alfonso Pantisano, Vertreter der SPD Queer

Bilgin Lutzke, Vertreterin der AG Migration und Vielfalt

Oliver Görs, Vertreter der AfB

Bettina Schulze, Vertreterin der ASG

Christian Oestmann, Vertreter ASJ

Mechthild Rawert, Vertreterin AG Selbst Aktiv

Alexander Boster, Vertreter AG Selbst Aktiv

Felix Eikenberg, Vertreter Landesvorstand

Beratende Mitglieder der Kommission

Mario Krahl, Betriebsrat SPD-LV-Berlin

Selly Dang, Leitung Arbeitsbereich I

Daniela Fiedler, Leitung Arbeitsbereich II

Ralf Höschele, Leitung Arbeitsbereich III

Redaktion Dorothee Stahlberg

Inhalt

Inhalt	3
Einleitung	5
Analyse	7
Ergebnisse der externen Wahlanalyse von Jana Faus & Prof. Thorsten Faas	7
Ergebnisse der internen Wahlanalyse	10
Verankerung in der Stadtgesellschaft	12
Sichtbar und gut vernetzt vor Ort?	12
Erfolgsfaktoren der direkt gewählten Abgeordneten	14
Organisationspolitik	17
Handlungsfeld Abteilungen	17
Handlungsfeld Landesparteitage und Kreisdelegiertenversammlungen	19
Handlungsfeld Hauptamtlichkeit	19
Handlungsfeld Barrierefreiheit und inklusive Parteiarbeit	20
Handlungsfeld Gremien	21
Handlungsfeld Innerparteiliche Kultur und Nachwuchsförderung	21
Handlungsfeld Finanzen	22
Ein Awareness-Konzept für die Berliner SPD	22
Weiterführende Impulse der Mitarbeiter*innen im KSH:	
Aufgaben der Hauptamtlichen im KSH und in den Kreisbüros	24

Handlungsempfehlungen	26
A. Den Markenkern herausstellen und lange Linien definieren	26
B. Die SPD Berlin breit verankern	26
C. Politische Kontinuität und Sichtbarkeit vor Ort	28
D. Die Organisation transformieren und ertüchtigen	29
E. Anpassung der Landesparteitage und Kreisdelegiertenversammlungen	30
F. Kurt-Schumacher-Haus und die Kreisbüros: Schlagkräftige Kampagnenzentrale	32
G. Gremien	32
H. Finanzen	33
I. Mitgliederwerbung · Willkommenskultur · Wissenstransfer	33
Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Berichts	35
Anlagen und weiterführende Informationen	36

EINLEITUNG

Nach 22 Jahren an der Spitze der Stadt ist die SPD Berlin bei den Berliner Wahlen am 12. Februar 2023 zur Abgeordnetenhauswahl nur noch zweitstärkste Kraft geworden, so wie sie es bereits von 1975 bis 2001 war. Sie hat ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Berlin erzielt. Anders als in den vergangenen Jahren wurden von 78 Abgeordnetenhaus-Wahlkreisen nur noch vier direkt gewonnen: in Prenzlauer Berg-Ost/Weißensee, Schöneweide, Friedenau und Britz. Zum Vergleich: die CDU hat 48 Wahlkreise, die Grünen haben 20 Wahlkreise, die Linke wie die SPD vier Wahlkreise und die AfD zwei Wahlkreise direkt gewonnen.

In keinem der zwölf Berliner Bezirke ist die SPD nach den Berliner Wahlen 2023 die führende Kraft: in vier Bezirken – Neukölln, Treptow-Köpenick, Reinickendorf, Spandau – ist sie zweitstärkste Kraft geworden, in sieben Bezirken nur noch drittstärkste Kraft, und in Pankow sogar nur noch auf dem vierten Platz gelandet. Das bedeutet berlinweit den Verlust von sieben Bezirksamtsmitgliedern.

Der SPD Berlin muss es nach der historischen Wahlniederlage von 2023 wieder gelingen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und das Wahlergebnis aufzuarbeiten. Denn im Herbst 2025 findet bereits die Bundestagswahl statt und im Herbst 2026 folgen dann schließlich die nächsten Berliner Wahlen.

Schnellwahlenanalysen unmittelbar nach den Berliner Wahlen 2023 machen für die Niederlage der SPD eine Protestbewegung zu Gunsten der CDU verantwortlich. Gleichzeitig soll die SPD nach dem parteiinternen Mitgliedervotum 2024 in einer Koalition mit der CDU aber weiterhin die Senatspolitik mitbestimmen bzw. anführen statt in die Opposition gehen.

Der SPD-Landesvorstand setze zur Aufarbeitung der historischen Wahlniederlage am 5. Mai 2023 unter der Leitung der stellvertretenden Parteivorsitzenden Cansel Kiziltepe und des Landeskassierers Michael Biel die 37-köpfige „Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisations-Kommission“ ein.

Die Berliner SPD ist nach ihrem Selbstverständnis als mitgliederstärkste Partei Berlins die Berlin-Partei schlechthin und die führende progressive Kraft in der Stadt. Dieses Selbstverständnis passt nicht zum Wahlergebnis 2023. Es ist daher unerlässlich, dass sich die SPD Berlin fit macht für die Zukunft und für die nächsten Kampagnen sowie auf aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der Parteiorganisation reagiert.

Die hierfür notwendige, grundlegende Analyse der Ergebnisse und Strukturen der Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisations-Kommission ist in drei miteinander verknüpften, aber unabhängigen Bereiche unterteilt. Die Kommission muss die Ergebnisse selbst, die Grundlage der Ergebnisse und die Strukturen zur Erreichung der Ergebnisse betrachten. Hierzu werden die Wahlergebnisse, die Verankerung in der Stadtgesellschaft und die Strukturen der Partei analysiert. Zusätzlich haben die Mitarbeiter*innen des Kurt-Schumacher-Hauses (KSH) relevante Beiträge der Analyse eingebracht. Als Teil der Analyse hat die Berliner SPD externe Expertise für die Analyse der Ergebnisse und der Strukturen gewinnen können.

Dieser Abschlussbericht der Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisations-Kommission fasst die Ergebnisse der externen Studie sowie die daran anknüpfenden Unter-Arbeitsgruppen und die Impulse aus dem KSH zusammen, benennt Handlungsfelder und gibt Empfehlungen für die Organisation und Ausrichtung der Berliner SPD ab, die die Grundlage der gemeinsamen Diskussion zur Erneuerung sein müssen.

Die Berliner SPD hat sich bewusst für eine ehrliche und umfassende Analyse entschieden. Nur durch einen transparenten Umgang mit den Erkenntnissen können die richtigen Schlüsse für eine moderne, leistungsfähige Parteiorganisation und erfolgreiche Kampagnen gezogen werden. Die Mitglieder der Kommission danken allen Beteiligten für ihr offenes, kritisches und konstruktives Mitwirken. Umsetzungsschritte hin zu einer modernen, leistungsfähigen Parteiorganisation und für erfolgreiche Kampagnen sollen rasch noch vor der kommenden Bundestagswahl 2025 gezogen werden.

Der vorliegende Bericht gliedert sich entlang der Kapitel Wahlanalyse, Verankerung in der Stadtgesellschaft und Organisationspolitik. Dabei wurden Handlungsfelder identifiziert, zu denen im fortgeschrittenen Teil Empfehlungen ausgearbeitet wurden.

Unser aller Ziel ist dabei klar: Wir wollen wieder Wahlen gewinnen. Mit der Arbeit dieser Kommission schaffen wir die Grundlagen für zukünftige Erfolge: Als moderne Mitgliederpartei stehen wir in einem produktiven Austausch mit der Stadtgesellschaft und übersetzen die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft in attraktive sozialdemokratische Politikangebote. Dafür erarbeiten wir in partizipativen Prozessen und kreativen Formaten die thematischen Grundlagen, aus denen sich so genannte lange Linien bilden. Es wird sich lohnen, Hand in Hand aus der Tiefe der Partei heraus die Arbeit der Berliner SPD strategisch neu auszurichten und diesen intensiven Prozess gerade jetzt anzugehen. Packen wir es an!

ANALYSE

Ergebnisse der externen Wahlanalyse von Jana Faus &

Prof. Thorsten Faas

Unter dem Titel: „Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen - eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl 2023“ haben Jana Faus von der Agentur pollytix für forschungsbasierte Beratung, und Thorsten Faas, Professor für Politikwissenschaft und Politische Soziologie an der Freien Universität Berlin, die Ausgangslage und die SPD-Ergebnisse der Berliner Wahlen 2021 und 2023 genauer untersucht. Thorsten Faas arbeitete mit Daten aus der amtlichen Statistik, öffentlich verfügbare sowie interne Umfragedaten sowie vor allem Daten aus einer repräsentativen Befragung von SPD-Mitgliedern, die im Nachgang zum Mitgliederentscheid 2023 durchgeführt wurde und an der im Juni/Juli 2023 1.513 Mitglieder der Berliner SPD teilgenommen haben. Jana Faus suchte das persönliche Gespräch mit Menschen, die an den Wahlen aktiv beteiligt waren und/oder die Berliner SPD schon längere Zeit intensiv beobachten und kennen und führte für die Datenerhebung 26 Interviews. Der Bericht soll es den handelnden Akteur*innen der SPD Berlin ermöglichen, politisch und organisationspolitisch effektive und effiziente Schlüsse für die Zukunft zu ziehen:

Analyse der Ausgangslage 2021:

- Wenig Hoffnung auf gutes Ergebnis mit Michael Müller als Spitzenkandidat.
- Insgesamt positive Bilanz für Michael Müller, aber: mangelhafte substanzielle und strategische Vorbereitung von Themen und langen Linien; Nicht-Nutzung von möglichen Synergien zw. Partei, Fraktion und Senatskanzleien
- Nach Außen geräuschloser Übergang von Michael Müller zu Franziska Giffey/Raed Saleh
- Parteiinterne Aufbruchstimmung
- Franziska Giffey: Hoher Bekanntheitsgrad durch Bundesministerium, weniger als Bezirksbürgermeisterin, kaum durch Parteiarbeit in Neukölln
- Schon hier Spannungsfeld zwischen „Links“ und „konservativ“
- Problemfeld: Rücktritt als Bundesministerin wegen Doktorarbeit

Analyse Ergebnis 2021:

- Das Ergebnis der Bundestagswahl ist besser als das der Berliner Wahlen; Mobilisierung nicht gelungen, weder in der ganzen Stadt noch in sog. Hochburgen
- Die 5 B's waren wahllos gewählt und der Partei nicht verständlich; keine langen Linien, sondern Defizitbeschreibung als Abgrenzung zum Vorgänger
- Das KSH ist nicht für moderne Wahlkämpfe optimal aufgestellt; Doppelstrukturen zwischen dem KSH und der Wahlkampfleitung und der Agentur sind problematisch
- Keine Synergien mit Bezirken und Bund; Abgrenzung zum Bund war ein Fehler
- Veränderte Wähler*innenschaft: Formal niedrig gebildet; Älter; Außenbezirke

Analyse Ergebnis 2023:

- Erstmals erzielte die SPD 2023 weniger als 20 Prozent der Stimmen. Dies markiert eine Zäsur. Nach über 20 Jahren ist aus dem Roten Rathaus wieder ein schwarzes geworden. Alarmierend: Nur 63 Prozent Wahlbeteiligung, nur 280.000 Stimmen für SPD (11,5 Prozent der Wahlberechtigten und sogar nur 7,4 Prozent der Berliner*innen).
- Berlin und die SPD haben sich offenkundig auseinandergeliebt
- Im Umfeld der Wahl sahen die Berliner*innen die SPD mit immensem Vorsprung vor allen anderen Parteien verantwortlich für „die Zustände bei den Berliner Behörden“, „die Pannen bei der Abgeordnetenhauswahl 2021“ und „die fehlenden Wohnungen in der Stadt“. Einzig die schwierige Verkehrs-Situation in der Stadt wurde mehrheitlich den Grünen zugeschrieben
- Keine Vorbereitung, keine Geschichte
- Nur auf ein Thema gesetzt (29 Euro-Ticket)
- Keine Möglichkeit der Anknüpfung an Defiziterzählung von 2021
- Personalisierung funktionierte nicht mehr: 56% Unzufriedenheit mit Franziska Giffey; letzter Platz aller sich zur Wiederwahl stellenden Ministerpräsident*innen der jüngeren Vergangenheit
- Ereignisse in der Silvesternacht
- Masterarbeit Franziska Giffey
- Mobilisierung erneut gescheitert

Analyse zum Zustand der Partei:

- Mehr als alles andere ist der Zustand der Partei für die schlechten Wahlergebnisse verantwortlich: Flügelkämpfe und keine Verankerung in der Stadtgesellschaft

Handlungsempfehlungen:

- Überkommen innerparteilicher Flügelkämpfe
- Fokus auf politische Inhalte, nicht „links“ oder „rechts“
- Mitgliederentscheide bewusst und sparsam einsetzen
- Schaffen neuer Formate zur Meinungsbildung
- Fokus auf Wählende und Verankerung in der Stadtgesellschaft
- Erhöhung der Strategiefähigkeit
- Selbstbewusstes (Um-)setzen eigener Themen statt symbolische Koalitionsfragen
- Verfolgen langer roter Linien
- Schaffung positiver Themenkompetenzen, keine Defiziterzählung
- Mögliche Szenarien im Wahlkampf vorbereiten: Agieren statt reagieren
- Bei Fehlern politische Konsequenzen ziehen und kommunizieren
- Synergien zwischen den politischen Ebenen schaffen
- Modernisierung und Professionalisierung KSH
- Optimierung der organisatorischen Aufstellung bei Wahlen und Entwicklung der Partei zur modernen Großstadtpartei
- Antizipation höherer Briefwahlquote

Ergebnisse der internen Wahlanalyse

Die externe und unabhängige Studie hält der SPD Berlin einen Spiegel vor, wie es sich bislang keine andere Partei getraut hat. Daraus die notwendigen und richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen ist *die* Chance für eine neue Parteikultur.

Die Wahlen-wieder-gewinnen-Kommission teilt die Analyse von Jana Faus und Thorsten Faas in allen Belangen. Das Ergebnis der Wahlen ist ein historischer Einschnitt für unsere Partei. Zusätzlich zur Analyse der Studie bestehen im Hinblick auf die Wahlanalyse selbst weitere Punkte, die es herauszustellen gilt.

Zusätzlich zum Abwärtstrend der Wahlergebnisse der vergangenen zwei Jahrzehnte, muss neben der spezifischen Ausgangslage der Berliner SPD auf weitere Aspekte hingewiesen werden, die diese Entwicklung zumindest begünstigt haben.

Dies sind die fortschreitende Zersplitterung des Parteienspektrums, die wachsende Wirkung der sozialen Medien mit Hass- und Hetzkampagnen und der Verbreitung von Fakenews, die gesellschaftliche Verunsicherung durch den Klimawandel und die notwendige Transformation, die sicht- und fühlbare Verrohung in der Stadtgesellschaft, eine zunehmende Verwahrlosung im öffentlichen Raum und – bei der Wahlwiederholung der Berliner Wahlen 2023 – die Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine.

Das Wahlergebnis und die vorliegenden Vor- und Nachwahlbefragungen bestätigen und verstärken zudem einige Trends, die der SPD bereits länger zu schaffen machen: eher kleine – wenn auch stabile – Stammwählerschaft, geringer Zuspruch bei Jung- und Erstwähler*innen, sinkende Kompetenzzuschreibungen bei wesentlichen Zukunftsfragen, Unklarheiten in der politischen Positionierung.

Der kurze Wahlkampf 2023 war von einigen Besonderheiten geprägt, die sich auf das Wahlergebnis der SPD negativ ausgewirkt haben: Waren zunächst die Grünen Hauptkonkurrent im Kampf um das Rote Rathaus, drehten sich die Umfragen zugunsten der CDU. Damit geriet deren Narrativ der versagenden Stadt mit ihrer Schuldzuschreibung zur SPD in den Fokus der Berichterstattung und damit auch der Wahrnehmung der Bürger*innen.

Die Schuldzuschreibung zur SPD war nicht nur wegen ihrer langen Regierungszeit an sich erfolgreich, sondern es gibt auch strukturelle, SPD-interne Gründe. Zwei der wesentlichen Ursachen sind das über

lange Zeit bestehende SPD-interne Kommunikationsversagen zwischen den politischen Ebenen (Bezirk vs. Land und umgekehrt), die sich mit gegenseitigem Unverständnis und Misstrauen betrachten, aber zu wenig *miteinander* kommunizieren, zusammen mit der Neigung, nicht-erfüllbare (Wahl-)Versprechen zu machen. Beide Aspekte zusammen führen in der Konsequenz zu zahllosen Enttäuschungen – also zum also zum (zumindest teilweise selbst verursachten) „Versagen der Politik“.

Darüber hinaus wurden die ungelösten Probleme und thematischen Konfliktlinien der Stadt Berlin bei den Themen Verwaltung, Verkehr, Bildung, Wohnungsnot etc. von CDU und Grünen sehr viel eindeutiger und mit klarerer Positionierung adressiert. Die SPD-Positionen blieben unscharf und defensiv. Das Narrativ der „Politik für alle“ traf nicht den Nerv der Zeit und verfiel nicht. Das thematische Sowohl-als-auch erschien von außen als Beliebigkeit, wodurch eine Abgrenzung von der Konkurrenz – CDU und Grüne – nicht mehr gelang. Innerparteiliche Differenzen zu politischen Einzelfragen belasteten den Wahlkampf zusätzlich.

Diese negativen Rahmenbedingungen und fehlende inhaltlich-strategische Stringenz wurden durch eine mangelnde Verankerung in der Stadtgesellschaft erschwert.

VERANKERUNG IN DER STADTGESELLSCHAFT

Die Verankerung in der Stadtgesellschaft muss zwingend mit der Stadtgesellschaft selbst und den für sie aktiven Abgeordneten diskutiert werden. Deshalb fand im Rahmen der Analyse ein Austausch mit Vorfeldorganisationen der Stadtgesellschaft und den direktgewählten Abgeordneten statt. Die daraus gezogenen Erkenntnisse ergänzen die Ergebnisse der externen Analyse.

Sichtbar und gut vernetzt vor Ort?

Die Kernerkenntnis ist, dass die SPD Berlin nicht in allen Teilen der Stadtgesellschaft ausreichend verankert ist. In Gewerkschaften, Sozialverbänden, queeren Verbänden sowie in Sportvereinen auf Bezirksebene engagieren sich nach wie vor zahlreiche Genoss*innen, obwohl unsere Präsenz in diesen Bereichen mitunter auch nachlässt. Dass die SPD in kleinräumigen sozialen Initiativen und Bewegungen präsenter sein muss, also in Elterninitiativen, Kultur- oder Sportvereinen, in Kunst- oder Musikvereinen, sprich überall dort, wo sich Menschen gemeinsam engagieren und ihre freie Zeit verbringen, ist unerlässlich. Jede*r Genoss*in kann dazu beitragen und als erkennbares SPD-Mitglied Themen transportieren und eine Scharnierfunktion zwischen Partei(leben) und Zivilgesellschaft wahrnehmen.

Auf Demos und traditionellen Festen in den Bezirken ist die SPD vertreten, aber nicht immer ausreichend sichtbar. Durch eigene Feste in den Kiezen erreichen wir wichtige Zielgruppen wie Familien und ältere Menschen. Außerdem bieten wir an Ständen niedrigschwellige Gesprächsangebote für Bürger*innen an.

Über die Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse hält die Partei zwar Kontakt zu Zielgruppen und Akteur*innen in der Stadtgesellschaft, etwa zu den Gewerkschaften, Jugendverbänden, Frauen- und Gleichstellungsinitiativen und Verbänden. In den Gesprächen wurde aber deutlich, dass sich Verbände eine aktivere Rolle der SPD in ihren Themenfeldern wünschen, und wie sehr die SPD auch weiterhin gebraucht wird, angesichts der aktuellen Herausforderungen, wie etwa wachsende Ungleichheit, Armut, Klimakrise, Wohnen und die Themen Migration und Integration.

Es gibt Teile der Stadtgesellschaft in denen die SPD nicht gut bzw. gar nicht verankert ist.

Bestimmte Bevölkerungsgruppen in Berlin fühlen sich nicht mehr angesprochen von der Politik der SPD Berlin und kommen nicht mit der Partei in Kontakt. Die SPD ist in vielen Bereichen der Stadt nicht ausreichend sichtbar.

Es besteht vielfach der Eindruck, unsere Politik sei auf kurzfristiges Reagieren ausgerichtet, mit Gießkannenprinzip, sofern der Druck groß genug sei. Akteur*innen der Stadtgesellschaft haben uns gespiegelt, dass es uns daran mangelt, unsere Ziele zu erklären und darzulegen, wie sich Berlin langfristig entwickeln sollte. Die langfristigen Linien seien nicht erkennbar. Abgesehen von Einzelpersonen, die beispielsweise für gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Jugend, offene Gesellschaft oder Europa kämpfen, fehle ein klares Profil der SPD als „Berliner Partei“. Gute Projekte wie das 29-Euro-Ticket, das kostenfreie Schüler*innenticket sowie der eingeführte Landesmindestlohn gehen als Einzelmaßnahmen unter oder werden nicht als Errungenschaften der SPD wahrgenommen.

Gerade in Mieter*innen-Initiativen, Jugendverbänden, Organisationen von und für junge Menschen, Sportvereinen, Umwelt-Initiativen und queeren und religiösen Organisationen sind wir nicht mehr gut verankert. In diesen Initiativen sind kaum Genoss*innen aktiv, die eine Brücke zur SPD Berlin schlagen können.

Weder von einfachen Mitgliedern noch von Funktionär*innen und von Mandatsträger*innen von der SPD wurden relevante fachpolitische Veranstaltungen oder Aktionen der Akteur*innen in den vergangenen Jahren wahrgenommen. Einladungen blieben oft unbeantwortet. Damit sind nicht große Veranstaltungen oder Gedenkveranstaltungen mit großer Öffentlichkeit und Presseresonanz gemeint. Andere Parteien seien sichtbarer und präsenter. Die Akteur*innen der Berliner SPD werden nicht mehr ausreichend als Problemlöser*innen bzw. Kümmer*innen wahrgenommen. Akteur*innen kritisieren, dass auf einen Austausch oft nichts Konkretes folgt. Es werden keine nächsten Schritte oder Ziele vereinbart.

Anliegen müssen zügig an die zuständigen Fachpolitiker*innen weitergegeben und bearbeitet werden, ohne falschen Versprechungen. Erreichtes muss gut kommuniziert werden. Vertrauen ist Beziehungsarbeit, deshalb braucht es regelmäßigen und verbindlichen Kontakt in der Breite der Partei mit der Breite der Stadtgesellschaft. Es geht um Zuhören, Gesicht zeigen, Verbundenheit und Solidarität mit den jeweiligen Gruppen – in der Krise, aber genauso bei schönen Anlässen. Räume der vertrauli-

chen Zusammenarbeit sind gewünscht, um beispielsweise an Leitplanken für eine soziale, jugendgerechte, familienfreundliche, vielfältige und europäische Stadt Berlin GEMEINSAM mit Akteur*innen der Stadtgesellschaft zu arbeiten.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen haben uns zudem gespiegelt, dass die Debatten in der SPD Berlin sehr akademisch geführt und Anträge auch dementsprechend geschrieben werden. Die Sprache sei oft zu komplex und es fehle ein Bezug zur Praxis. Menschen ohne akademische Ausbildung fühlen sich davon nicht angesprochen.

Im Bereich des Mieterschutzes haben wir einer anderen Partei – der LINKEN – das Feld überlassen. Der Kontakt zum Mieterverein wurde nicht gesucht und die SPD war selten dort vor Ort, wo Mieter*innen dringend Unterstützung benötigen. Das gilt beispielsweise für Häuser, die entmietet werden sollen. Uns wird vorgeworfen, dass wir im Bereich Mietenpolitik keine offenen Debatten führen und wenig Dialogbereitschaft zeigen. Es wird eine Diskrepanz zwischen LPT-Beschlüssen und Regierungshandeln des Senats wahrgenommen.

Politische Jugendorganisationen, wie die Jusos Hochschulgruppen stehen unter Druck, Armut bei Studierenden sei keine Romantik, sondern bittere Realität. Die erkennbaren sozialdemokratischen Antworten in der Politik hierauf seien nicht ausreichend erkennbar: „Der jugendpolitische Ansatz der SPD ist völlig unklar und es fehlt eine eigene Jugendstrategie!

Dementsprechend sollte die interne wie externe Kommunikation darauf ausgerichtet werden, einfach, klar und verständlich zu sein. Aktionismus und kurzfristiges Agieren retten uns nicht, es braucht vielmehr nachhaltige Strategien.

Erfolgsfaktoren der direkt gewählten Abgeordneten

Die Erfolgsfaktoren guter Vernetzung in der Stadtgesellschaft sind mit den direktgewählten Abgeordneten erhoben worden. Die Erfolgsfaktoren basieren darauf, dass die Abgeordneten nah dran sind und Zielgruppen im Blick haben: Bei den möglichen Kommunikationskanälen wird klar, dass die verschiedenen Social-Media-Kanäle umfassend genutzt werden und werbende Inhalte wurden geographisch wie inhaltlich spezifisch auf ihre Zielgruppen ausgerichtet. Auch Tür-zu-Tür-Gespräche können sehr wichtig und auch im Team effektiv sein – sie sind aber nicht für jeden Typ geeignet. Für die

Ansprache spielt auch die unterschiedliche Struktur der Kieze (Einfamilienhäuser, Hochhaussiedlung) eine Rolle.

Flyer und Briefe sind für die Kommunikation entscheidend: Hier wird empfohlen, diese regelmäßig und wenn möglich auch selbst zu verteilen. Kandidat*innen können sich damit sehr schnell bekannt machen. So können auch Mieter*innen in neuen Wohnsiedlungen schnell erreicht und informiert werden, etwa mit Willkommensbriefen. Auch neuen Kandidat*innen kann es gelingen, sich mit interessanten Aktionen (Flyern mit QR-Code, Befragungen etc) schneller bekannt zu machen. Die Kommunikation mit den Zielgruppen und Unterstützer*innen kann u. a. mit Newslettern, Berichten zur politischen und parlamentarischen Arbeit an die Abteilungen im Wahlkreis sowie mit Artikeln und Beiträgen auf der Webseite und Social Media sichergestellt werden. Auch Pressevertreter*innen müssen kontinuierlich mit Informationen und Statements versorgt werden.

Frühverteilungen im Wahlkampf wurden als sehr effektiv für die Sichtbarkeit eingeschätzt, die Resonanz der Bürger*innen war größtenteils positiv.

Die SPD und ihre Vertreter*innen dürfen nicht nur in den sechs bis acht Wochen vor einer Wahl sichtbar sein. Eine kontinuierliche, sehr langfristige Arbeit im Wahlkreis ist für den Erfolg entscheidend – die Menschen müssen Politiker*innen ganz unabhängig von Wahlkämpfen als Kümmer*innen für ihre alltäglichen Problemen wahrnehmen und regelmäßig ansprechbar sein. Daher wird empfohlen, die Arbeit als gewählte*r Abgeordnete*r vorwiegend im Büro und nicht (nur) im Abgeordnetenhaus wahrzunehmen.

Wichtig sind Persönlichkeiten, kurz: „Die Menschen müssen Dich kennen!“. Dazu gehören interessante Formate und Materialien aber auch regelmäßige, am besten wöchentliche Infostände, in sehr belebten Einrichtungen oder Brennpunkten des Kiezes. Weitere Formate können regelmäßige Termine der Abgeordneten, mobile Sprechstunden oder Kiezspaziergänge vor Ort sein.

Authentizität, Verbindlichkeit, Bürgernähe sowie aktives und lösungsorientiertes Handeln, Engagement, Vernetzung, Kontinuität und fortwährendes Handeln (nicht nur im Wahlkampf) sind Voraussetzung dafür, um auch neue Unterstützer*innen (an der Wahlurne) zu überzeugen. Flyer, Zeitungen und Co. sollten, wenn möglich, selbst gesteckt werden. Das bietet die Möglichkeit für Gespräche mit den Anwohner*innen, die bei der kommerziellen Verteilung wegfallen.

Durch sehr regelmäßige Besuche bei und umfassende Mitgliedschaften in Initiativen, Verbänden, (Förder-) Vereinen und Genossenschaften kann und muss der Austausch mit der Zivilgesellschaft gewährleistet bleiben. Eine wichtige Zielgruppe sind auch Gewerbetreibende: Hier wurden im Wahlkampf bis zu 90 Prozent der Geschäfte erreicht, anhand eigener Flyer für Geschäftsleute. Wichtig ist auch, dort hinzugehen, wo die SPD in der Vergangenheit nicht so gut angekommen ist und weniger gewählt wurde.

Zur Sichtbarkeit helfen feste Anlaufstellen wie Bürgerbüros enorm dabei, eine durchgehende Präsenz sicherzustellen. In diesen Büros sollte auch der regelmäßige Zugang zu sozialen Hilfen wie Mieterberatung, Arbeitslosenansprache oder kostenlose Hilfe von Anwält*innen gewährleistet sein, mit konstanter Erreichbarkeit zu den üblichen Geschäftszeiten und auch darüber hinaus Institutionalisierte politische oder kulturelle Veranstaltungen in diesen Büros erhöhen die Wahrnehmbarkeit der Politiker*in, aber auch der Partei. Wahlkreisbüros spielen eine wichtige Rolle, um die SPD als Kümmerer-Partei zu verankern. Unsere Abgeordneten, wie auch Lokalpolitiker*innen, sollen da, wo das bisher nicht der Fall ist, ihre Präsenz intensivieren, etwa durch monatliche Formate gemeinsam mit Mitgliedern: Wir sind sichtbar, wir hören zu – beispielsweise vor den Unis, am Markt, beim Stammtisch, in Sprechstunden in sozialen Einrichtungen oder bei gemeinschaftlichen Aktionen im Kiez. Facebook-Gruppen und Nachbarschaftsforen wie nebenan.de bieten einen direkten Draht zu Anwohner*innen und sollten bespielt werden.

Kleine und große Erfolge müssen mit der Person und dann auch der SPD verbunden werden. In den Stadtteilbüros der befragten Abgeordneten kommt auch die Unterstützung der Bürger*innen bei Verwaltungsfragen oder Bürgeramtsterminen sehr gut an.

Beim Austausch mit der Stadtgesellschaft sollte auf Sichtbarkeit und Anschlussfähigkeit geachtet werden. Das Schlimmste, was der SPD passieren kann, ist, sich vorrangig mit sich selbst zu beschäftigen und untereinander das Gespräch zu suchen, anstatt auszuschwärmen in die Stadtgesellschaft, sich einzubringen und Politik zum Wohle der Berliner*innen zu gestalten. Die Verankerung in der Stadtgesellschaft muss durch die Organisationspolitik der Partei unterstützt werden. Bisher sind solche Anliegen, auch durch Beschlüsse des Landesparteitags, mangels zur Verfügung stehender Ressourcen gescheitert.

ORGANISATIONSPOLITIK

Eine handlungsfähige und unabhängige SPD Berlin ist einer der zentralen Voraussetzung, um 2025 und 2026 wieder Wahlen zu gewinnen. Deshalb muss das Ziel unserer Organisationspolitik sein, dass die Partei relevante Leitlinien der Stadtgesellschaft definiert, jederzeit kampagnenfähig ist, ihre Mitglieder breit einbindet, Talente fördert und ihre Mittel effizient einsetzt. Denn von der Organisationsstärke hängt letztendlich auch die Kraft für die politische Vernetzungsarbeit ab. Trotz begrenzter Ressourcen sind Investitionen für eine moderne und digitale Parteiarbeit notwendig. Mit diesen Herausforderungen ist die Berliner SPD nicht allein. Die gesamte SPD steht bundesweit vor enormen Herausforderungen. Deshalb gab es eine ähnliche Kommission auch auf Bundesebene, die zum Bundesparteitag Ende 2023 einen entsprechenden [organisationspolitischen Antrag](#) vorgelegt hat. Die dort festgelegten Punkte sollen nun schrittweise umgesetzt werden. Diese beschlossenen Leitlinien werden wir intensiv evaluieren und Bedeutung und Auswirkung für die politische Arbeit des Berliner Landesverbands kritisch herausarbeiten.

Die externe Studie von Faus und Faas attestiert, dass auch die Berliner SPD mit Strukturproblemen zu kämpfen hat. Daher müssen künftig die derzeitige Struktur und Arbeitsweise der (ehrenamtlichen) Parteigremien und die Unterstützung durch die hauptamtliche Struktur im SPD-Landesverband Berlin, durch das Kurt-Schumacher-Haus sowie durch die Kreisbüros genauer betrachtet werden.

Ziel muss es sein, zu analysieren und Vorschläge für die Modernisierung zu entwickeln. Die Ergebnisse der Analyse reichen von der Erarbeitung von praktischen Konzepten für die Parteiarbeit, über Vorschläge für die Arbeitsweise von Gremien, allen voran Landesparteitage, bis hin zu statutenändernden Vorschlägen. Insbesondere die Vorschläge für Statutenänderungen sollen vor der Beschlussfassung breit in der Mitgliedschaft diskutiert werden.

Die Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisations-Kommission hat folgende Handlungsfelder identifiziert, die Grundlage für erste Handlungsempfehlungen sind.

Handlungsfeld Abteilungen

Aktuell stellen wir fest, dass nur ein Teil unserer Mitglieder aktiv in unsere Gliederungen eingebunden ist und einige Gliederungen nicht ausreichend in der Lage sind, aktive Mitarbeit zu ermöglichen.

Der so wichtige Wissenstransfer zwischen ausscheidenden und dazukommenden Funktionsträger*innen findet dabei kaum statt. Vielmehr gibt es die Situation, dass die Rollen und Zuständigkeiten der Abteilungen unterschiedlich ausgelegt und umgesetzt werden. Dies bedingt, dass wir unterschiedliche Voraussetzungen für die Mitarbeit vor Ort haben, da der Wissenstransfer in einigen Gliederungen besser funktioniert als in anderen. Zudem sind in Teilen der Partei Ämter in Abteilungen nach politischer Ausrichtung und Strömungszugehörigkeit gewählt und nicht nur auf Grund des persönlichen Engagements. Um vergleichbare Voraussetzungen für die Arbeit in den Abteilungen zu haben, braucht es einheitliche Rollenbeschreibungen für die einzelnen Funktionen innerhalb der Abteilungen. Zudem braucht es eine Stärkung der Willkommenskultur neuer Mitglieder. Hier müssen wir über die E-Mail zur Begrüßung hinausgehen und den persönlichen und individuellen Kontakt zwischen den Abteilungen und Ihren Mitgliedern in den Vordergrund stellen. Gleichzeitig lasten die Aktivitäten zu oft auf den Schultern weniger. Das muss sich ändern, sonst macht sich weiter Erschöpfung breit.

Deshalb sollte weiterhin an einer glaubwürdigen und nachhaltigen Strategie gearbeitet werden, um neue Mitglieder zu gewinnen und mehr Parteimitglieder zu aktivieren, um die Lasten breiter zu verteilen und bessere Inhalte zu erarbeiten.

Zusätzlich muss sichergestellt sein, dass ehrenamtliche Parteiarbeit frei sein muss von jeder Form von Diskriminierung. Sexismus, Rassismus, Herabwürdigungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Von der Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisations-Kommission wurden mehrere Aufgabenprofile ausgearbeitet, die für Schulungen genutzt werden können: Für Mitglieder des Abteilungsvorstandes; Aufgaben von Schriftführungen, Mitgliederbeauftragten, Delegationsleitungen bei Landesparteitagen. Sowie Aufgaben von Vorsitzenden von Gliederungen in Finanzfragen, ein Konzept für den Wissenstransfer zwischen alten und neuen Funktionsträgern. Zudem wurden die Aufgaben des Abteilungsvorstands präzisiert.

Handlungsfeld Landesparteitage und Kreisdelegiertenversammlungen

Unsere Landesparteitage befinden sich aktuell in einem optimierungsbedürftigen Zustand. Zum einen erfordert die finanzielle Situation des Landesverbandes und steigende Kosten für Tagungsräume eine Reduzierung der Kosten. Derzeit werden auf Landesebene 50 Prozent des Budgets für politische Arbeit der SPD Berlin für die Durchführung der LPTs ausgegeben – also reine interne Parteiarbeit! Dabei fallen vor allem Kosten für Tagungsräume, Organisation und Personal an.

Zum anderen erleben wir, dass die Debatte und Zeitverteilung oft durch eine Vielzahl an Initiativanträgen nachteilig beeinflusst wird und die Befassung mit den regulär erarbeiteten Inhalten und Leitartikeln darunter leidet. In aller Regelmäßigkeit bindet die Debatte um die Initiativanträge die Mehrheit der Zeit des LPTs. Dies zahlt nicht auf die notwendigen, strategischen langen Linien der Partei ein und erschwert es vertiefte, inhaltliche Debatten miteinander zu führen. Wir tauschen hierbei Zeit für inhaltliche Tiefe gegen die Positionierung zu tagesaktuellen Themen. Tagesaktuelle Themen haben ihre Berechtigung und Bedürfnis unserer Aufmerksamkeit, jedoch sollten die Befassung mit Ihnen mehr im Landesvorstand, statt auf dem Landesparteitag erfolgen. Zudem muss die Form der Debatten ebenfalls angepasst werden. Debatten werden in Teilen von lauten Nebengeräuschen begleitet, was bedeutet, dass den Redner*innen nicht ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Kosten für Landesparteitage erscheinen angesichts der finanziellen Situation insgesamt zu hoch und gleichzeitig sollte die Beteiligung möglichst vieler Mitglieder auf Landesebene gewährleistet bleiben. Ähnlich wie die Landesparteitage verbrauchen auch die Kreisdelegiertenversammlungen effektiv zu viele Ressourcen, die dann für die politische Arbeit fehlen.

Handlungsfeld Hauptamtlichkeit

Das Kurt-Schumacher-Haus ist die strategische Basis und koordinierende Stelle der Berliner SPD. Die Hauptamtlichen können den gestellten Anforderungen jedoch aufgrund verschiedener Faktoren nur teilweise gerecht werden. So fehlen Stellen für eine gute Personalausstattung und finanzielle Mittel sind für bestimmte Projekte nur eingeschränkt verfügbar. Hinzu kommt, dass auch die Aufgabenbeschreibungen der Hauptamtlichen an vielen Stellen nicht mehr zeitgemäß sind. Und insbesondere in

den Bereichen Social Media und bei der Vernetzung mit der Stadtgesellschaft ist die SPD Berlin aus dem Blickwinkel der Organisationspolitik aktuell personell und von den verfügbaren finanziellen Möglichkeiten nicht konkurrenzfähig aufgestellt. Diese Situation erfordert künftig organisationspolitische Maßnahmen in fast allen Arbeitsbereichen.

Zusätzlich werden wir die auf dem Bundesparteitag 2023 mit dem Antrag mit dem Titel „Mit Organizing und einer modernen Parteiorganisation Wahlen gewinnen“ beschlossenen Zentralisierungsziele des Parteivorstands kritisch betrachten und diese Leitlinien zur Reform der Parteiorganisation in den Bereichen Mitglieder-, Personal- und Finanzverwaltung intensiv evaluieren und die Bedeutung und Auswirkung für die organisationspolitische Aufstellung des Berliner Landesverbands kritisch herausarbeiten.

Handlungsfeld Barrierefreiheit und inklusive Parteiarbeit

Die Berliner SPD versteht sich als aktive Interessensvertretung für eine inklusive, diskriminierungsfreie und partizipative (Stadt-)Gesellschaft und setzt sich für eine engagierte Teilhabepolitik sowie politische Partizipation und Repräsentanz von Menschen mit Beeinträchtigungen ein. Gleichmaßen gilt es, Qualitätsstandards für ein inklusives Parteileben auch auf unsere Gremiensitzungen und Veranstaltungen anzuwenden. Aufgrund der eingeschränkten Barrierefreiheit der Sitzungssäle in den oberen Etagen im Kurt-Schumacher-Haus muss die Schaffung weiterer barrierefreier Versammlungsräume im Erdgeschoss geprüft werden. Dies erscheint günstiger als die Anmietung externer Räume. Auch Hinweise in Einladungen zur Barrierefreiheit von Sitzungsräumen sind unerlässlich, ebenso die Prüfung der Räumlichkeiten in den Kreisbüros auf barrierefreie Voraussetzungen. Gleichmaßen müssen barrierefreie Arbeitsplätze aus Sicht des Landesverbands als attraktiver Arbeitgeber perspektivisch vorgebracht und konsequent mitgedacht werden. Der Landesverband wird alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausfindig machen und prüfen, wie Förderprogramme der Landes- und Bundesebene für die verbesserte Inklusivität der Parteiarbeit genutzt werden können und die Gliederungen bei deren Nutzung tatkräftig unterstützen.

Handlungsfeld Gremien

Die Arbeitsweise der Gremien erscheint in Teilen nicht mehr zeitgemäß und effizient, so dass die Motivation der Ehrenamtlichen immer schwerer herzustellen ist. Doppelstrukturen müssen auf allen Ebenen der SPD Berlin hinterfragt werden etwa in puncto Zuständigkeiten und zu behandelnde Themen zwischen Fachausschüssen und AGs. Hier gibt es aktuell die Situation, dass sowohl AGen als auch Fachausschüsse ähnliche Themen behandeln. Neben den thematischen Überschneidungen leiden diese Strukturen einerseits, insbesondere auf Landesebene, unter der Konkurrenz um Köpfe, da insgesamt wenige Mitglieder den Weg in die Gremien der Landesebene finden und diese Mitglieder sich dann in Konkurrenz zwischen Fachausschüssen und Arbeitsgruppen aufteilen. Andererseits sind die Wege und Möglichkeiten der Aufnahme in die Fachausschüsse vielen Mitgliedern nicht verständlich. Wenn die Mitglieder dann den Weg in die Fachausschüsse oder die AGen gefunden haben, so ist hier die Willkommenskultur und Offenheit unterschiedlich ausgeprägt, da neue Genossinnen und Genossen auf bereits etablierte Strukturen treffen, die in ihrem Aufbau nur bedingt auf neue Mitglieder angewiesen sind.

Sitzungen relevanter Landesgremien, wie dem Landesvorstand, finden zu Zeitpunkten statt, die für Ehrenamtliche nur mit großem Aufwand realisierbar sind. Gleichzeitig findet innerhalb der Sitzung keine ausreichende Moderation statt, sodass einzelne Redebeiträge mit zu großer Länge zu viel Raum einnehmen, um eine konstruktive inhaltliche Arbeit zu ermöglichen. Zudem sind Zuständigkeiten nicht immer klar definiert. Hinzu kommt, dass Sitzungen fast ausnahmslos in den Abendstunden stattfinden und dazu meist ohne Pausen.

Handlungsfeld Innerparteiliche Kultur und Nachwuchsförderung

Aufgabe der gesamten Partei ist es, die SPD wieder vielfältiger aufzustellen; sowohl in ihrer Mitgliedschaft wie auch bei den Aktiven und Funktionär*innen. Nachwuchsförderung richtet sich grundsätzlich an alle engagierten Genoss*innen, unabhängig von ihrem Alter und generationenübergreifend.

In Teilen der innerparteilichen Auseinandersetzung herrscht jedoch aktuell eine unverhältnismäßige Aggressivität innerhalb der Debatten. Kritische Redebeiträge, beispielsweise auf Parteitag, werden diffamiert, nur weil sie nicht der eigenen Meinung entsprechen. Die pauschale Abwertung der anderen Position aber hat für das interne Klima verheerende Folgen. Als Ergebnis ist zu beobachten, dass

sich die Meinungsvielfalt innerhalb einiger Debatten verengt oder sich als unvereinbare Positionen darstellt. Diese Situation hat auch Auswirkungen auf unsere Nachwuchsförderung. Gleichzeitig ergeben Befragungen zu Herausforderungen von Nachwuchsförderungen, dass informelles Wissen und Sexismus als Hürden des Engagements von Nachwuchs erlebt werden.

Handlungsfeld Finanzen

Aufgrund der finanziellen Situation der Partei, muss die Verteilung der Ressourcen auf allen Ebenen hinterfragt werden, insbesondere die Mittelverteilung zur politischen Arbeit: Im Jahr 2024 beträgt der Anteil der Mittel für die parteipolitische Arbeit rund zwei Drittel des vorgesehenen Budgets. Dazu gehören konsumtive Ausgaben wie Parteitage, Mitgliederbefragungen und Zuschüsse für die nach innen gerichtete Parteiarbeit der verschiedensten Gliederungen und Gremien. Und nur ein Drittel des Gesamtbudgets wird für Wahlkämpfe und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sowie für Aktionen und Materialien ausgegeben. Dieses Missverhältnis muss beseitigt werden. Und deshalb müssen rasch zusätzlich Konzepte zur Steigerung von Einnahmen entwickelt werden. Die 2023 beschlossene Reform der Parteienfinanzierung auf Bundesebene bringt effektiv nicht mehr Geld für den Landesverband. Und daran wird sich in den kommenden Jahren auf Nachfrage bei den Verantwortlichen auf Bundesebene wahrscheinlich auch nichts ändern. Zudem bedeuten die schlechten Wahlergebnisse der vergangenen Jahre auch weniger Einnahmen aus der Parteienfinanzierung. Und auch die enormen Preissteigerungen und rückläufige Spendeneinnahmen (außer in den Wahlkämpfen 2021 und 2023) führen seit Jahren zu weniger finanziellen Spielräumen.

Ein Awareness-Konzept für die Berliner SPD

Ehrenamtliche und hauptamtliche Parteiarbeit muss frei sein von jeder Form von Diskriminierung. In Teilen wird eine Aggressivität innerhalb der innerparteilichen Debatten festgestellt. Es wird kritisiert, dass kritische Redebeiträge auf Parteitaggen diffamiert oder mit ähnlichen Bezügen belegt werden würden, nur weil sie nicht der eigenen Meinung entsprächen. Die pauschale Abwertung der anderen Position aber hat für das interne Klima verheerende Folgen. Die SPD steht gegen jede Form von Diskriminierung. Sexismus, Rassismus und Ableismus. Herabwürdigungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben bei uns keinen Platz. Das vertrauensvolle Miteinander ist zentral für unsere solidarische und lebendige Partei. Dies ist nicht die Verantwortung einzelner, sondern ein Auftrag an

alle. Daher soll es auf verschiedenen Ebenen für Grenzverletzungen und Diskriminierungserlebnisse ansprechbare Stellen geben. Sie sollen denjenigen eine Stimme geben, die Diskriminierung erfahren haben. Niedrigschwellig und im Idealfall bevor Verhärtungen entstehen.

Deshalb wird der Landesverband Hilfestellungen und ein Awareness-Konzept erarbeiten. Awareness-Arbeit hat das Ziel, mit allen Beteiligten diskriminierungsfreie(re) Räume herzustellen. Wir wollen bei unseren Sitzungen und Veranstaltungen eine Atmosphäre schaffen, in der alle sich wohl fühlen. Mit diesem Ziel sind wir nicht allein: Auch die Bundespartei arbeitet derzeit an einem Awareness-Konzept und strebt beispielsweise parteiinterne Weiterbildungsmaßnahmen dazu an. Beim Prozess der Bundesebene möchten wir mitwirken, Synergien nutzen und gleichzeitig eigene, berlingspezifische Konzepte entwickeln und als Landesverband Vorreiterin sein. Erste Erfahrungen mit Konzepten gibt es bereits bei einigen Gliederungen und in den Arbeitsgemeinschaften, vor allem bei den Jusos und den SPD Frauen und deutschlandweit in einzelnen Bezirken/Landesverbänden oder Unterbezirken.

Wir wollen damit auch die Solidarität und Beziehungsarbeit in der SPD stärken, Awareness- und Vertrauens Teams etablieren, für Prävention und Sensibilisierung in der Partei sorgen und Betroffenen Ansprechpersonen für Vorfälle zur Seite stellen, egal ob für Veranstaltungen oder Parteiarbeit im Allgemeinen.

Diese Mitglieder der Awareness-Teams sind unabhängig und – ähnlich wie bei Schiedskommissions-Mitgliedern – nicht aktiv in Funktionen. Sie haben Erfahrung in SPD-Strukturen. Sie sind divers aufgestellt und bestehen mehrheitlich aus FLINTA* Personen. Sie werden für ihre Arbeit geschult und stehen im gegenseitigen Austausch, auch zur Supervision. Die Teams arbeiten anonym und vertraulich, jeder Schritt ist mit den Betroffenen abgestimmt. Sie sind keine Ermittlungsgruppe, sie vermitteln eher. Auch „Täter*innen“ werden respektiert und angehört. Bei parteirechtlichen oder strafrechtlichen Vorfällen vermitteln sie an die entsprechenden Stellen weiter.

Dem neu gewählten Landesvorstand empfehlen wir, den organisatorischen Rahmen und die Kompetenzen für die Awareness-Teams auszuarbeiten und ein entsprechendes Regelwerk vorzulegen, so dass die Teams zeitnah benannt, geschult und bekannt gemacht werden können.

Weiterführende Impulse der Mitarbeiter*innen im KSH:

Aufgaben der Hauptamtlichen im KSH und in den Kreisbüros

Den hauptamtlichen Mitarbeiter*innen des Landesverbandes ist viel daran gelegen, die organisatorische Effizienz und Schlagkraft unserer Parteiarbeit zu stärken und für künftige Wahlkämpfe, aber auch für das Alltagsgeschäft, bestens aufgestellt zu sein. Der Betriebsrat der SPD Berlin hat in enger Absprache mit den Beschäftigten sowie den Arbeitsbereichsleitungen eine umfassende Analyse der aktuellen Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass wesentliche Veränderungen notwendig sind, um unsere Handlungsfähigkeit als Partei zu erhalten und weiter zu verbessern. Die ausführlichen Empfehlungen sind im Anhang beigefügt. Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

- Die Anzahl der Landesparteitage sollte reduziert werden. Auch die Delegiertenschlüssel für Landesparteitage und Kreisdelegiertenversammlungen brauchen eine Überarbeitung und sollten verkleinert werden.
- Für eine effektive Personal- und Ressourcenplanung bedarf es einer längerfristigen Perspektive als die jeweils laufende Wahlperiode. Aus diesem Grund braucht es mit Blick auf die umfangreichen administrativen Aufgaben eine beständige Landesgeschäftsführung, die bestenfalls durch eine*n politische*n Generalsekretär*in ergänzt wird.
- In den Arbeitsbereichen sowie in den Kreisbüros braucht es eine bessere Aufstellung, sowohl was die Aufgabenverteilung nach innen angeht als auch im Verhältnis zu den Ehrenamtlichen. Der Aufgabenbereich der Mitarbeiter*innen in den Kreisbüros muss 16 Jahre nach der letzten großen Strukturreform neu definiert werden, um der zentralen Bedeutung für die Koordination lokaler Aktivitäten gerecht zu werden. Die zwölf Kreisbüros sind momentan direkt der Landesgeschäftsführung unterstellt. Zur besseren Steuerung und Entlastung schlagen wir vor, diese als eigenen Arbeitsbereich zu organisieren.

Input des Arbeitsbereichs Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Inhalte und Impulse

Die SPD kann und muss noch besser darin werden, ihre Inhalte zu verbreiten, zu interagieren und zu teilen, denn unsere Mitgliederstärke bildet sich in den sozialen Netzwerken noch nicht ab. Es geht auch darum, die SPD insgesamt online zu stärken. Dazu ist ein einheitliches Erscheinungsbild auf

Basis des bundesweiten Corporate Designs notwendig. Im Social Media geht es darum, hauptamtliche und ehrenamtliche Ressourcen zusammenzubringen und zu stärken. Auch mit Blick auf eine bessere Unterstützung der Kreise und der Arbeitsgemeinschaften im Bereich Social Media braucht es im KSH verstärkte Ressourcen. Dies gilt auch für den Aufbau eines Newsletters, um neue und vorhandene Netzwerkpartner*innen verstärkt strategisch ansprechen zu können und damit die zivilgesellschaftliche Verankerung der Partei voranzutreiben.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisations-Kommission hat, basierend auf der vorangegangenen Analyse und der identifizierten Handlungsfelder, erste Empfehlungen abgeleitet, die innerhalb der SPD Berlin diskutiert und umgesetzt werden sollten. Die Wahlanalyse betont ganz deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die nachstehenden Empfehlungen sollen die Grundlage für die Partei sein, gezielte Anpassungen und Weichenstellungen zu diskutieren und einzuleiten. Diese Aufgabe muss durch die neue Parteispitze schnell vorangetrieben und von der Partei als Ganzes angegangen werden.

A. Den Markenkern herausstellen und lange Linien definieren

Der Markenkern der SPD – nämlich die soziale Gerechtigkeit im Verband mit Freiheit und sozialer Marktwirtschaft – wird im Parteienspektrum nur von der SPD in dieser Form vertreten. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal. Und genau hier liegen dieser Zeit des grundlegenden Wandels auch die größten Herausforderungen. Die SPD wird nach wie vor – und vielleicht mehr denn je – als maßgeblich gestaltende Kraft gebraucht. Hierzu gilt es, wie auch von der externen Studie empfohlen, das sozialdemokratische Narrativ – die Antwort darauf, wie Berlin als europäische Metropole funktionieren soll – zu erarbeiten und herauszustellen.

Die SPD Berlin sollte im Rahmen eines Visionenprozesses 2024/2025 „Berlin 2035“ (Arbeitstitel) an einer zusammenhängenden Erzählung arbeiten, wo sie hin will mit Berlin bis 2035. Was ist ihre Zukunftsvision und wie sehen einzelne konkrete Schritte aus, um diese zu erreichen. Was tragen einzelne Maßnahmen dazu bei, die gemeinsame Erzählung glaubhaft rüberzubringen? Die Erarbeitung und Organisation werden eine der Hauptaufgaben des nächsten Landesvorstandes sein. Der Prozess soll frühestens im September 2024 starten. Dafür hat die Kommission eine erste Skizze erstellt (Anlage).

B. Die SPD Berlin breit verankern

Die Gespräche mit Akteuren zeigen im Gegenteil folgendes Phänomen: „Frage: Die Sozis – das sind doch die, über die du am meisten schimpfst. Warum gehst du zu ihnen? Antwort: Das stimmt. Ich

werde oftmals enttäuscht und schimpfe mit ihnen. Ich erwarte im Kern von ihnen jedoch am meisten, dass sie sozialgerechte Umverteilung für die Breite der Gesellschaft können. Da will ich sie in die Pflicht nehmen.“

In diesem Sinne: Lasst uns als Sozialdemokrat*innen gemeinsam für Freiheit, Demokratie, Solidarität und Klimaschutz kämpfen. Lasst uns Armut bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt organisieren. Kehren wir zu Basisarbeit zurück und laufen wir gemeinsam Seite an Seite mit den Menschen, die uns brauchen. Wir sind die effektivste Lobby für eine sozialgerechte Stadt Berlin. Wenn wir gemeinsam stehen, gibt es allenfalls gute Gründe für Hoffnung und Zuversicht. Packen wir es gemeinsam an.

Die SPD wird in dieser Stadt auch weiterhin gebraucht. Es braucht nachhaltige Strategien, um in Kiezen, Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen und Demonstrationen stark verankert zu bleiben und wieder sichtbarer zu werden. Auf Demos, Veranstaltungen oder Stadtfesten sollten SPD-Mitglieder und Aktive erkennbar sein. Dies muss auf der jeweiligen Ebene koordiniert und in geeigneter Weise kommuniziert werden. Tue Gutes und rede darüber.

Wir müssen Mitglieder wie Mandatsträger*innen ermuntern, strategische, regelmäßige und verbindliche Kommunikation mit Multiplikator*innen aus der Stadtgesellschaft zu führen beziehungsweise neu zu beleben. Wir müssen Akteure beispielsweise in Fachkreise und Arbeitsgemeinschaften der Partei oder in die Fraktionen auf Landes- und Bezirksebenen einladen und unsere Präsenz bei ihren Veranstaltungen erhöhen. Es geht dabei nicht um reinen Aktionismus, sondern um kontinuierliche Kommunikation und Zusammenarbeit. Eine strategische, regelmäßige und verbindliche Kommunikation mit der Einbindung von Multiplikator*innen aus der Stadtgesellschaft, bei der es darum geht, unser politisches Handeln zu erklären, findet nicht mehr ausreichend statt. Dieses Potenzial sollte dringend reaktiviert werden.

Wir empfehlen, das Profil der SPD gruppenbezogen, praxisnah und programmatisch zu schärfen. So können wir für im Dialog mit Multiplikator*innen aus der Stadtgesellschaft Maßnahmen, sowie gemeinsame Projekte für die Bereiche Mieter*innen, Frauen, Familien, junge Menschen, Azubis und Studierende, Senior*innen und Europa erarbeiten.

Die Kommunikation muss verbessert und Entscheidungen erklärt werden, Menschen ertragen ehrliche Kommunikation und haben auch eine eigene Verantwortung. Politik kann und sollte ehrlich beantworten, wie die endlichen Ressourcen des Staates solidarisch verteilt werden sollten.

Was bedeutet das Konzept der SPD für eine soziale Stadt für junge Menschen, Familien, Senior*innen, internationale Bürger*innen? Was ist als SPD Berlin unser europäisches Profil?

Um die Vernetzung auch formell zu zeigen, sollte die Zivilgesellschaft auch auf Parteiveranstaltungen und Festen einbezogen werden. Nicht nur Berufspolitiker*innen und Akademiker*innen sollten eine Bühne kriegen. Wir sollten unsere Ehrengäste aus den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben, etwa auf dem Landesparteitag oder bei Festen, Beiträge zu leisten oder Grußworte zu halten. Wir müssen außerdem kritisch hinterfragen, warum sich manche Berufsgruppen nicht bei uns engagieren und wir somit keinen Kontakt zu ihnen haben. Hierzu sollte eine Erhebung der Mitgliederstruktur erfolgen.

C. Politische Kontinuität und Sichtbarkeit vor Ort

2026 werden viele neue Genoss*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus kandidieren. Wenn „alt-ingesessene“ Abgeordnete aufhören, muss sichergestellt werden, dass die Partei weiter vor Ort sichtbar ist. In Wahlkreisen, in denen wir Büros verlieren, müssen wir Strategien entwickeln, um trotzdem weiter sichtbar zu sein.

Bei Terminen müssen wir alle Ebenen - Bund, Land, Kommune, Basis - mitnehmen. Insbesondere öffentliche Veranstaltungen der Bezirksämter bieten gute Gelegenheiten für regelmäßiges koordiniertes Auftreten im Bezirk mit großer Wahrnehmung. Hier müssen wir die Einbindung und Kommunikation erleichtern und Ressourcen bündeln.

Wenn Menschen bei Veranstaltungen zusammenkommen, sollten sich SPD-Mitglieder erkennen können – beispielsweise mit einfachem SPD-Pin als Erkennungszeichen und ebenso mit Visitenkarten für die Basisgliederungen auf Vorstandsebene. Das stärkt den Zusammenhalt auch bei schwierigen Diskussionen und ermöglicht eine schnelle Kontaktaufnahme mit Bürger*innen.

Die Bedürfnisse der Berliner*innen müssen sich in den Wahlprogrammen und in den Publikationen der Kandidierenden widerspiegeln. Dazu ist ein reger Austausch notwendig, um zu wissen, wo der Schuh drückt. Niederschwellige Formate mit Wohnzimmer-Atmosphäre sollten ausprobiert werden.

D. Die Organisation transformieren und ertüchtigen

Abteilungen

Die Arbeitsweise aller Gliederungen muss so gestaltet werden, dass ehrenamtliche Parteiarbeit attraktiv wird bzw. bleibt und zur Mitarbeit anregt; dabei sollten einheitliche Rollenkonzepte, Aufgaben und Standards entwickelt werden; gerade die Aufgaben der Abteilungsstände sind nicht mehr zeitgemäß.

Zur Sicherung der effektiven Parteiarbeit sollte die Zusammenlegung - in einigen wenigen Fällen auch die Teilung von Abteilungen, aktiv diskutiert werden. Hierbei darf nicht allein die Anzahl der Mitglieder eine Rolle spielen. Eine gute Abteilungsarbeit vor Ort wird vor allem durch die Möglichkeit der Beteiligung möglichst vieler Mitglieder und eine Vernetzung im Kiez sichtbar. Die Anpassung an Wahlkreisgrenzen sollte dabei im Blick behalten werden.

Wir schlagen eine Anregung zur Prüfung durch den Landesverband (alternativ den Kreisverband) der Zusammenlegung von Abteilungen ab einer Unterschreitung der Anzahl der Mitglieder ab 100 (Mitgliedern vor

Bei der Prüfung einer Zusammenlegung sollen folgende Kriterien eine Rolle spielen:

- Finden noch regelmäßige Mitgliederversammlungen oder andere Aktivitäten statt?
- fanden die regulären Parteiwahlen mit ausreichend Vorstandsmitgliedern statt?
- welche örtlichen Gegebenheiten sprechen für/gegen eine Fusion mit einer der Nachbarabteilungen? (hier könnten u.a. die Zuschnitte der Abgeordnetenhauswahlkreise eine Rolle spielen)

Die Fusion soll unter allen Umständen konstruktiv und mit allen betroffenen Abteilungen erfolgen. Alle Mitglieder sollen die Möglichkeit haben, mitzuwirken (z.B. in einer/mehrerer Mitgliederversammlungen).

Ab einer Abteilungsgröße von über 350 Mitgliedern sollte über eine Teilung nachgedacht werden, um die Teilhabe möglichst vieler Mitglieder und eine sinnvolle Information und Kommunikation innerhalb der Abteilung sicherzustellen. Sonst besteht die Gefahr, dass aktive Parteimitglieder verloren gehen.

Wenn Mitglieder aus der Partei austreten, sollte es zugleich ein Austrittsmanagement geben. Dies kann in Form eines Leitfadens oder Handouts für den Umgang mit geschehen. Die Gründe hierzu sollten strukturiert erfasst und durch die Kreise aufbereitet werden. Relevante Erkenntnisse für die Landesebene sind hierbei der Landesebene zur Verfügung zu stellen.

E. Anpassung der Landesparteitage und Kreisdelegiertenversammlungen

Frequenz der Landesparteitage:

Die Kommission hat kontrovers darüber diskutiert, ob künftig nur noch ein statt zwei Landesparteitage jährlich stattfinden sollten, mit der Ausnahme, in den Jahren mit Parteiwahlen zwei eintägige Parteitage zu veranstalten. Eine abschließende Empfehlung ist hierzu nicht erreicht worden. Der Punkt soll daher Teil der Debatte des Landesparteitags und des Visionenprozesses „Berlin 2035“ (Arbeitstitel) werden.

Zur innerparteilichen Willensbildung gehört die Debatte. Dafür muss Raum bei den Parteitagen sein. Landesparteitage und Kreisdelegiertenversammlungen sind die zentralen Entscheidungsgremien der Partei. In Berlin werden jedoch mehr Parteitage durchgeführt als in allen anderen Landesverbänden. Dies ist für viele Genoss*innen ein Ausdruck innerparteilicher Demokratie.

Anzahl und Umfang der Landesparteitage gelten vielen jedoch als die entscheidenden Stellschrauben zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Parteien: Die Kosten für Landesparteitage erscheinen angesichts der finanziellen Situation der SPD Berlin zu hoch. Landesparteitage und Kreisdelegiertenversammlungen verbrauchen effektiv zu viele Ressourcen der politischen Arbeit.

Struktur der Landesparteitage:

Landesparteitage sollen neu strukturiert und effizienter gestaltet werden:

1. Grußworten und mündliche Berichten sowie „Showanteile für die Presse“ sollten reduziert werden. Das Ziel ist ein gut abgestimmter und zeitlich strukturierter Parteitag.
2. Dem Präsidium wird die Rolle zuteil, die Antragsberatung gemeinsam mit der Antragskommission zu strukturieren und nötigen Zeitbedarf und die Beratungsreihenfolge vorher abzustimmen, sodass ausreichend Zeit für die inhaltliche Diskussion der vorab erarbeiteten Anträge besteht.
3. Anträge oder Tagesordnungspunkte des Landesparteitages, die aus Zeitgründen verfrachtet oder intensiver beraten werden sollen, können auf Vorschlag des Präsidiums im Landesvorstand beraten werden.
4. Um eine konzentrierte Debatte und Familienfreundlichkeit zu ermöglichen, sollte der Landesparteitag zeitlich begrenzt sein. Dies erleichtert auch die hauptamtliche Betreuung und macht für die Mitarbeiter*innen des Landesverbands weniger Schichten notwendig.
5. Die Zeit der Debatte für Initiativanträge wird zu Beginn eines Landesparteitages durch die Delegierten des LPT entschieden. Richtwert sollte eine Befassung von einer Stunde sein. Alle Initiativanträge, die nicht innerhalb des Zeitfensters behandelt wurden, werden automatisch an den Landesvorstand überwiesen.

Anzahl der Delegierten der Kreisdelegiertenversammlungen:

Bei der Anpassung der Delegiertenschlüssel besteht ein weiterer Hebel für die Kosten und die Struktur. Für den Landesparteitag wurde keine Einigkeit erzielt.

Die Mitglieder sind sich einig, dass Kreisdelegiertenversammlungen künftig höchstens 100 Delegierte umfassen sollen, um Kosten für Raummiete einzusparen, gleichzeitig Motivation der Ehrenamtlichen herzustellen und Vereinbarkeit von Ehrenamt zu ermöglichen. Zusätzlich kann dies die Mobilisierungsprobleme der Delegierten (insbesondere bei großen Kreisen) beheben. Das spricht für eine Reduzierung der Anzahl der Kreisdelegierten der großen Kreise.

Finanzen:

Die Kommission schlägt folgende Maßnahmen zur Kostenreduzierung vor:

- Grundsätzlich sollten digitale Unterlagen sowie digitale Tools zur Antragsberatung zum Standard werden – dies bedeutet weniger Papier aber auch Personal, das die Unterlagen kopiert und verteilt. Sollten doch Materialien auf dem Landesparteitag verteilt

werden müssen, sollten dies künftig die Delegationen erledigen. Es sollte bis 2026 schrittweise getestet werden, ob ein papierloser Landesparteitag die Arbeitsfähigkeit gewährleistet und so Ressourcen geschont und die Papierflut eingedämmt werden kann.

- Auch sollten kostengünstigere Orte für Landesparteitage bevorzugt werden.
- Auch die Subventionierung der Beköstigung sollte wegfallen und gegebenenfalls durch ein kostenloses Getränkeangebot ersetzt werden.
- Die Reduzierung der Anzahl der Teilnehmenden an Landesparteitagen ist eine weitere Stellschraube, um Kosten zu senken. Die Vorschläge für eine wesentliche Reduzierung der Anzahl der Teilnehmenden auf Landesparteitagen bedürfen einer Änderung des Statuts und sollen zur Beschlussfassung in der Berliner SPD breit diskutiert werden.
- Die Anzahl der ordentliche und der beratenden Delegierten, sollte gesenkt werden, aber auch die Plätze für Gäste.
- Alle Parteitage werden im Livestream übertragen, deshalb ist Transparenz garantiert.

F. Kurt-Schumacher-Haus und die Kreisbüros:

Schlagkräftige Kampagnenzentrale

Das KSH soll in seiner Funktion als Strategie- und Kampagnenzentrale gestärkt werden. Damit die strategische Ausrichtung gelingt, wird zur Optimierung der Prozesse eine grundlegende Evaluierung der Aufgaben der Hauptamtlichen im KSH und in den Kreisbüros empfohlen. Handlungsdruck besteht hierbei insbesondere bei Social Media und bei der Vernetzung mit der Stadtgesellschaft.

Es wird die Einsetzung einer*s politischen Generalsekretär*in empfohlen, dessen Aufgabe die Kommunikation der politischen Linien der SPD Berlin und die strategische Planung von Kampagnen ist.

G. Gremien

Auch innerparteilich ist es bedeutsam, gut strukturiert zu sein. Die Arbeit der Fachausschüsse und ähnlicher Gremien muss künftiger transparenter werden, damit alle interessierten und engagierten Genoss*innen wissen, wie sie entsprechend ihres Anliegens wirkungsvoll mitarbeiten können. Verstärkt müssen (Neu-)Mitglieder zur thematischen Mitarbeit eingeladen werden.

Bei thematischen Dopplungen zwischen AGs und FAs sollte der Landesvorstand von seiner Steuerungsfunktion Gebrauch machen, und die Doppelbearbeitung auflösen. Für jedes Politikfeld sollte es in der SPD Berlin genau eine FA/AG geben, die sich federführend damit beschäftigt und alle interessierten Mitglieder zur Mitarbeit einlädt. Wir regen daher die Erstellung eines Politikfeldverteilungsplans an.

H. Finanzen

Die SPD Berlin finanziert sich hauptsächlich durch die Mitgliedsbeiträge ihrer Mitglieder sowie durch die Abgaben ihrer Mandatsträger*innen. Stichproben zur Beitragsehrlichkeit von einzelnen Funktionär*innen haben ergeben, dass nicht wenige Genossinnen und Genossen viel zu geringe Beiträge entrichten. Deshalb wird eine Kampagne zur Beitragsehrlichkeit empfohlen und regelmäßige Stichproben mit entsprechenden Erinnerungen und Mahnungen. In regelmäßigen Abständen sollten Mitglieder kontaktiert und gebeten werden, die Aktualität ihrer Beitragshöhe zu prüfen. Genauso müssen Mandatsträger*innen noch konsequenter ihre Beiträge aus Aufsichtsratsstätigkeiten und Verwaltungsratsmitgliedschaften teilweise an die Partei abführen. Die weiteren Einnahmen der Partei kommen durch staatliche Mittel im Rahmen der Parteienfinanzierung sowie durch Spenden zusammen. Diese beiden Einnahmequellen stehen aber zunehmend unter Druck und es muss in den kommenden Jahren mit weiter sinkenden Spenden und Einnahmen aus der Parteienfinanzierung gerechnet werden. Deshalb müssen neben Einsparpotentialen und Sparanstrengungen auch der Mitteleinsatz und die –verteilung geprüft werden. Die Partei wird mittelfristig mit den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen umgehen müssen. Deshalb müssen weitere Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden.

I. Mitgliederwerbung · Willkommenskultur · Wissenstransfer

Die SPD ist die größte deutsche Mitgliederpartei und lebt vom Engagement ihrer zahlreichen Genoss*innen. Um noch mehr Mitglieder – auch für die aktive Mitarbeit - in der SPD Berlin zu gewinnen, wird eine Werbekampagne „Mehr Frauen in die SPD“ angeregt.

Um Neumitglieder gut zu integrieren, braucht es ein Bootcamp, wo Freiwillige die Neumitglieder durch die Partei führen. Aber auch andere, innovative und kreative Formate sind willkommen, um

den Wissenstransfer sicherzustellen und die Expertise der erfahrenen Genoss*innen zu nutzen und weiterzugeben. Hierzu werden Informationen zu bereits bestehenden zentralen Ressourcen der Bundespartei verteilt.

Auch nach den Parteiwahlen sollten turnusmäßig Seminare zur Parteiarbeit angeboten werden, um nicht nur neue Mitglieder, sondern auch neue Funktionär*innen optimal einzubinden. Eine Ideensammlung zu Veranstaltungsformaten und ein Neumitgliederpaket mit Informationen zu den Strukturen und Prozessen in der Partei können Ankommen und Einstieg in die Parteiarbeit ebenso begleiten.

Unsere Willkommenskultur soll gestärkt werden, damit alte und neue Mitglieder aktiv eingebunden und in die vielfältigen Strukturen eingearbeitet werden. Statt der regulären Willkommensmail werden Vorstände angehalten, ihre Mitglieder telefonisch persönlich willkommen zu heißen. Immer wichtiger werden auch Veranstaltungsformate zur Mitgliederwerbung, wie von der Bundespartei empfohlen. Insgesamt muss das Thema Mitgliederwerbung regelmäßig Thema in Vorständen sein.

Alle Ebenen der SPD Berlin sind angehalten, das Awareness-Konzept zu beachten und dessen Umsetzung regelmäßig zu überprüfen. Die Einsetzung von Awareness-Teams wird als Good Practice empfohlen.

WEITERENTWICKLUNG UND UMSETZUNG DER HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DES BERICHTS

Auf stürmischer See wie auch in rauen Zeiten brauchen wir die Kraft aller. Sozialdemokratische Werte sowie die gemeinsame Verteidigung unserer Demokratie brauchen uns alle. Wir dürfen uns nicht einreden lassen: wir seien aus der Zeit gefallen.

Die Empfehlungen der Kommission zur Organisation sollen möglichst bis Ende 2024 auf den verschiedenen Ebenen vorbereitet bzw. umgesetzt werden. Statutenrelevante Empfehlungen sollen in Form eines Antrages dem Landesparteitag II 2024 (voraussichtlich im November) vorgelegt werden.

Davor gehen die Hauptamtlichen der SPD Berlin und der geschäftsführende Landesvorstand erstmals seit fast zwei Jahrzehnten zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission vom 27. bis 29. Juni 2024 gemeinsam in Klausur. Nach der Sommerpause soll dann im zweiten Halbjahr der 2023 auf dem Landesparteitag beschlossene Visionenprozess „Berlin 2035“ in 2024/2025 zur inhaltlichen Aufstellung der SPD Berlin für die kommenden Jahre starten. In diesem Rahmen sollen konkrete Visionen von einem solidarischen Berlin 2035 entwickelt werden, um die SPD Berlin für die Berliner Wahlen 2026 von den anderen Parteien abzugrenzen. Besonders betont werden soll dabei, für was die SPD Berlin auch abseits der Regierung mit der CDU steht. Die SPD Berlin soll wieder stärker als eigenständige Partei jenseits der Regierung und als zentrale soziale Kraft in der Stadt erkennbar werden. Während dieses Prozesses sollen die bisherigen Beschlüsse der Partei gebündelt und erkennbare lange Linien für die Politik der SPD Berlin entwickelt werden. Breit Diskutiert werden soll innerhalb der SPD Berlin und zusammen mit den Akteur*innen der Stadtgesellschaft. Den Abschluss des Visionenprozesses „Berlin 2035“ soll eine Debattencamp-Veranstaltung bilden.

ANLAGEN UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Anlage A: Skizze zum Visionenprozess 2024/2025. SPD Berlin im Dialog mit der Berliner Stadtgesellschaft
- Anlage B: An die Kommission überwiesene Anträge
- Anlage C: Reduzierung der Delegiertenschlüssel anhand verschiedener Vorgehensweisen
- Anlage D: Handreichung zur Beschreibung der Aufgaben im Abteilungsvorstand (u.a. § 23 b* Organisationsstatut)
- Anlage E: Handreichung zu den Aufgaben von Schriftführer*innen
- Anlage F: Handreichung zu den Aufgaben von Vorsitzenden von Gliederungen in Finanzfragen
- Anlage G Handreichung für Aufgaben der-Mitgliederbeauftragten
- Anlage H: Handreichung zum Aufgabenprofil Delegationsleitung Landesparteitage
- Anlage I: Übersicht zu Wahl- und Benennungsämtern SPD Berlin
- Anlage J: Abteilungsgrößen im Landesverband Berlin

Links:

- [Mit Organizing und einer modernen Parteiorganisation Wahlen gewinnen.](#) Organisationspolitischer Grundsatzantrag auf dem Ordentlichen Bundesparteitag von Dezember 2023
- Jana Faus und Torsten Faas: [Viel Verantwortung, viele Wahlen, viele Herausforderungen.](#) Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023, Berlin 2024.

Anlage A: Skizze für einen Visionenprozess 2024/2025. SPD Berlin im Dialog mit der Berliner Stadtgesellschaft

VORBEREITUNGSPHASE IM GLV

27.6. – 28.6.2024	Klausurtagung des GLV
Ab Juli 2024	Einbeziehung des LV, der FAs, AGen, Foren, der Kreise, der BVV-Fraktionen und der UAGen der Orgakomm in die inhaltliche Vorbereitung der Hearings
18.7. – 30.8.2024	Sommerferien

ENTWICKLUNGSPHASE

Mitte	Vorbereitendes Hearing I
September 2024	gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, Verbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft werden zentrale Themenfelder diskutiert und Impulse gesammelt mit kreativen Methoden und Formaten
Mitte Oktober 2024	Vorbereitendes Hearing II
	Klausurtagung des Landesvorstands?
21.10. – 1.11.2024	Herbstferien
	Einbeziehung der Abteilungsvorsitzenden und Kreise
November 2024	LPT II/2024

DEBATTENPHASE

	Möglichkeit von Debattencamps der Kreise
23.12.2024 – 2.1.2025	Weihnachtsferien
1. Quartal 2025	Debattencamp
	im Anschluss: Erarbeitung Leitantrag für LPT I/2025
3.2. – 8.2.2025	Winterferien
	Breiter Beteiligungsprozess zum Leitantrag
14.4. – 25.4.2025	Osterferien
April – Juni 2025	LPT I/2025 und LVV
September 2025	Bundestagswahl

Falls gewünscht: KONKRETISIERUNGSPHASE

Ab Oktober 2025	Fortsetzung Visionenprozess als Wahlprogrammprozess AGH-Wahl mit Mitgliederforen etc.
November 2025	LPT II/2025
Dezember 2025	o. BPT
März – Mai 2026	LPT I/2026 mit Beschluss des Wahlprogramms AGH-Wahl

Anlage B: An die Kommission überwiesene Anträge

Antrag 301/I/2023 Luft zum Atmen: Für eine starke Berliner Sozialdemokratie als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts

Antrag 16/II/2022 Abbau von Kommunikationsbarrieren zwischen Hörenden und Gehörlosen/Schwerhörigen in der SPD

Antrag 17/II/2022 Kostenübernahme der Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher*innen für Menschen mit Hörbehinderungen (Gehörlose/Taube und Schwerhörige)

Antrag 18/II/2022 Kein Platz für Diskriminierung - Für starken Awareness überall!

Antrag 20/II/2022 Weg mit der Altersgrenze für die SPD-Mitgliedschaft!

Antrag 21/II/2022 Für echte Parität in unserer Partei – FINTA-Quote von 50%!

Antrag 22/II/2022 Pandemie als Katalysator: Digitale Grundausstattung, Digitale Teilhabe und Inklusion mobiler Lebensstile

Antrag 03/I/2023 Auswertung der Wahlergebnisse

Antrag 04/I/2023 Konsequente Aufarbeitung des Wahlergebnisses – SPD Berlin neu ausrichten

Antrag 05/I/2023 Informierte Entscheidungsfindung sichern – Für neutrale Informationskampagnen

Antrag 07/I/2023 Paritätische und diverse Regierungsbildung

Antrag 08/I/2023 Inklusion und Teilhabe: Reduziert die Zugangsbarrieren der Kreisbüros und Wahlkreisbüros!

Antrag 504/II/2022 Initiativantrag: Zivilgesellschaftliches Engagement stärken und Bündnisarbeit wieder priorisieren!

Anlage C: Reduzierung der Delegiertenschlüssel anhand verschiedener Vorgehensweisen

Die folgenden Alternativ-Vorschläge sollten von der Kommission bewertet und breit in der Partei diskutiert werden.

Derzeitige Regelung	Alternativen/Vorschläge
<p>§ 15* Landesparteitag (1) Der Landesparteitag ist das höchste Beschlussorgan des Landesverbandes. Jeder Kreis erhält zwei Grundmandate sowie für jeweils 75 Mitglieder, für die in den letzten zwei Kalenderjahren Pflichtbeiträge abgeführt wurden, einen Delegierten bzw. eine Delegierte.</p> <p>à derzeit 268 Delegierte aus den Kreisen</p>	<p>a. pro Arbeitsgemeinschaft 2 Delegierte (davon mindestens 1 Frau) 22 Delegierte bei 11 Arbeitsgemeinschaften Info zu Arbeitsgemeinschaften: Jusos, ASF, AG 60+, AfA, AGS, ASJ, ASG, AG MiguV, SPDqueer, AG selbstaktiv, AfB</p> <p>b. Delegierte aus den Kreisen: 2 Grundmandate pro Kreis + Delegierte nach abgerechneten Beitragsmonaten</p> <p>Alternativen:</p> <p>1. 1 Delegiertenmandat pro 80 abgerechnete Beitragsmonate 252 Delegierte aus den Kreisen; Gesamtzahl LPT-Delegierte: 274</p> <p>2. 1 Delegiertenmandat pro 85 abgerechnete Beitragsmonate 238 Delegierte aus den Kreisen; Gesamtzahl LPT-Delegierte: 260</p> <p>3. 1 Delegiertenmandat pro 90 abgerechnete Beitragsmonate 216 Delegierte aus den Kreisen; Gesamtzahl LPT-Delegierte: 248</p> <p>4. Höchstzahl 250 Delegierte - Delegiertenmandate nach anteiligen abgerechneten Beitragsmonaten 228 Delegierte aus den Kreisen</p>

	<p>5. Höchstzahl 200 Delegierte - Delegiertenmandate nach anteiligen abgerechneten Beitragsmonaten</p> <p>178 Delegierte aus den Kreisen</p> <p>6. Höchstzahl 150 Delegierte - Delegiertenmandate nach anteiligen abgerechneten Beitragsmonaten</p> <p>128 Delegierte aus den Kreisen</p>
--	---

Derzeitige Regelung	Vorschlag
<p>(2) Mit beratender Stimme gehören dem LPT an:</p> <p>a) die Mitglieder des Landesvorstandes (38 ordentliche + 34 kooptierte Mitglieder)</p> <p>b) die Landesrevisoren und -revisorinnen (4)</p>	<p>(2) Beratende Delegierte:</p> <p>a. Stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstands inkl. Landesgeschäftsführer*in (38)</p> <p>Mitglieder des Parteivorstands (1)</p> <p>Info zu kooptierten LaVo-Mitgliedern:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Ordentliche Delegierte: AfB, ASG, ASJ ○ Beratende Delegierte: AG der BVV-Fraktionsvorsitzenden, Landesgruppensprecherin der Berliner MdBs, Senator:innen, Mitglieder PV, Parlamentarischer GF AgH-Fraktion, Koordinator SPD-Senatsressorts (StS), MdEP, AG Selbst Aktiv, Juso-HSG, ○ Nicht vertreten: AG der Bezirksbürgermeister*innen (aber Bezirksbürgermeister*innen sind beratende Delegierte) Delegierte des Parteikonvents, Vizepräsident des AGH, SGK, AWO, FES, Mitgliederbeauftragter, Kulturbeauftragte, Internetbeauftragter, DGB <p>b. Landesrevisor*innen (4)</p>

c) die Mitglieder des Abgeordnetenhauses (34)	c. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus (1) alternativ: Vorstand der Fraktion (6)
d) die Vorsitzende der Fachausschüsse und Foren, (30, da überwiegend Doppelspitze)	d) jeweils 2 beratende Delegierte pro Fachausschuss (24) und Forum (6) (davon mindestens 1 Frau) Info zu Foren: Forum Sport, Forum Netzpolitik, Kulturform
e) die Berliner Bundestagsabgeordneten, (7)	e) Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete (7)
f) die SPD Mitglieder des Senats, (5)	f) SPD-Mitglieder des Senats (5)
g) die SPD Staatssekretär*innen, (11)	g) SPD-Staatssekretär*innen (11)
h) die dem Landesverband angehörenden Mitglieder des Europäischen Parlaments, (1)	h) dem Landesverband angehörende Mitglieder des Europäischen Parlaments (1)
i) die dem LV angehörenden Mitglieder der Bundesregierung, (5)	i) dem Landesverband angehörenden Mitglieder der Bundesregierung (5)

<p>j) die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksämter (15)</p> <p>à derzeit 180 beratende Delegierte</p>	<p>j) SPD-Mitglieder der Bezirksämter (15)</p> <p>Vorsitzender AG der SPD-Fraktionsvorsitzenden in den BVV (1)</p>
<p>(3) Als Delegierte mit beratender Stimme gehören dem Landesparteitag die Geschäftsführenden Landesvorstände der auf Landesebene tätigen Arbeitsgemeinschaften an.</p> <p>à derzeit 69 beratende Delegierte</p>	<p>Neu: jeweils eine beratende Delegierte/ ein beratender Delegierter pro AK + Juso Hochschulgruppen (5)</p> <p>Info zu AKen: Christ*innen, jüdische Sozialdemokrat*innen, Säkuläre und humanistische Sozialdemokrat*innen, Sicherheitspolitik</p> <p>Ggf. Historische Kommission</p> <p>à 119 (124) beratende Delegierte</p>

Anlage D: Aufgaben Abteilungsvorstand (u.a. § 23 b* Organisationsstatut)

- Vertreten die SPD im Abteilungsgebiet nach außen
- Greifen politische Themen vor Ort auf und entwickeln inhaltliche Positionen der SPD hierauf
- Vernetzen sich mit lokalen Initiativen, Organisationen und Vereinen
- Informieren die Bevölkerung vor Ort über Positionen und Ziele der Partei und nehmen deren Probleme und Anliegen auf, insbesondere durch Gespräche, Infostände, Steckaktionen und Veranstaltungen
- Arbeiten eng mit den lokalen Mandats- und Amtsträger*innen zusammen
- Informieren ihre Mitglieder umfassend über aktuelle politische Themen
- Fungieren als Anlaufstelle der Mitglieder bei Fragen und Anliegen zur Partei
- Bieten ihren Mitgliedern regelmäßig Raum zum politischen Austausch und zur Diskussion
- Wirken an der Willensbildung der Mitglieder mit und bereiten die Willensbildung der Kreispartei durch Erstellung von Anträgen und Positionspapieren vor
- Führen Beschlüsse übergeordneter Gremien der Partei aus
- Ehren die Jubilare
- Verwalten die Finanzen der Abteilung

Daraus ergibt sich u.a.

- Inhaltliche Vorbereitung und Einladung zu regelmäßigen Mitgliederversammlungen, die mindestens sechsmal jährlich stattfinden (vgl. § 22 b*Abs. 1 Organisationsstatut)
- Damit Verantwortung für fristgerechte Einladung, insbesondere bei Wahlen
- Versammlungsleitung von Mitgliederversammlungen, falls keine externe Versammlungsleitung
- Formulierung von inhaltlichen Positionen zu lokalen Themen
- Koordinierung der Beratung und Beschlussfassung von Anträgen auf Ebene der Abteilung und ihre Weiterleitung an Kreisdelegiertenversammlungen/ Parteitage bzw. Vorstände höherer Gliederungen bzw. Fraktionen und Mandatsträger*innen
- Organisation und Durchführung von Infoständen, Verteilaktionen o.ä. auch außerhalb von Wahlkämpfen
- Erstellung von Informationsmaterialien
- Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen

- Durchführung von eigenen öffentlichen Festen o.ä. bzw. Beteiligung an öffentlichen Festen
- Durchführung der Jubilarehrung (wenn nicht von Kreis übernommen)
- Einmal jährlich Geschäfts- und Kassenbericht der Abteilungsmitgliederversammlungen zu erstatten; regelmäßige Information der Mitglieder per E-Mail oder Postsendungen
- Pflege der Homepage und der Social Media Accounts der Abteilung
- Mitgliederverwaltung (u. a. Begrüßung von Neumitgliedern, Geburtstagskarten, Beantworten von Fragen, Weiterleiten von Anliegen etc.)
- Pressearbeit

Anlage E: Handreichung zu den Aufgaben von Schriftführer*innen

- Führen von Protokollen (siehe § 15 Geschäftsordnung)
- Beschlussprotokolle sind grundsätzlich ausreichend
- im Protokoll müssen aufgenommen sein
 - + Redner*innen
 - + Antragsteller*innen
 - + Anträge
 - + Beschlüsse
 - + Abstimmungsergebnisse

Achtung: Im Verhinderungsfall der Schriftführung ist für die jeweilige Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Vertretung (Übernahme des Protokolls) zu klären

- Ausfertigung und Weiterleitung von Beschlüssen und Anträgen an die darin benannten Gremien bzw. Gliederungen
- Je nach Absprache im Vorstand und in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführenden Vorstand und den hierfür Beauftragten (z.B. Internet-Beauftragte*r) Übernahme von Aufgaben i. R. d. Öffentlichkeitsarbeit:
 - Inhaltliche Aktualisierung der Homepage der Gliederung pflegen von Social Media Accounts der Gliederung
 - Erstellen von Pressemitteilungen
 - Erstellen von Newslettern und Mitgliederinformationen
 - Redaktionelle Betreuung von Publikationen und anderen Veröffentlichungen, die von der Gliederung herausgegeben werden oder zu denen die Gliederung Beiträge liefert

Anlage F: Handreichung zu den Aufgaben von Vorsitzenden von Gliederungen in Finanzfragen

Vorsitzende vertreten Gliederung nach außen. Das gilt auch in Finanzfragen.

Bei Doppelspitzen sind stets die Unterschriften *BEIDER* Vorsitzender nötig

Dazu ergeben sich folgende Aufgaben:

- Rechenschaftsbericht gemäß Parteiengesetz
- gemeinsam mit Kassierer*in für die fristgemäße Abgabe bis 15. Februar verantwortlich
- Unterschrift des Rechenschaftsberichtes an vorgegebener Stelle
- Vertretung gegenüber Banken
- Vorsitzende eröffnen/ kündigen gemeinsam mit Kassierer*in Konten und erteilen Verfügungsberechtigungen (§ 9 Abs. 2 Finanzordnung)
- Gemeinsam erteilte Verfügungsberechtigungen können aber auch Einzelverfügungen sein (z.B. für Kassierer*in)

Anlage G: Handreichung für Aufgaben der Mitgliederbeauftragter

Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten

Beschlossen durch den Parteivorstand am 26. März 2012

Auf allen Ebenen der Partei, beginnend auf den Ebenen des Ortsvereins, wird die Funktion eines/einer Mitgliederbeauftragten eingerichtet. Die Mitgliederbeauftragten werden vom zuständigen Vorstand ernannt. Die Funktion sollte von einem Vorstandsmitglied übernommen werden. Eine Einbindung in die Arbeit des jeweiligen Vorstandes muss gewährleistet sein. Mitgliederbeauftragte müssen über moderne elektronische Kommunikationswege erreichbar sein, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Die Berufung endet mit der Amtszeit des zuständigen Vorstandes. Erneute Berufung ist zulässig.

Die Mitgliederentwicklung und die Wertschätzung der Mitglieder werden auf allen Ebenen der Partei regelmäßig thematisiert. Den Ortsvereinen kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zu. Sie nehmen sich Ziele vor und streben danach, sie zu erreichen. Für die SPD als Mitgliederpartei ist die Betreuung der Mitglieder eine Kernaufgabe. Zufriedene Mitglieder, von Anfang an und entsprechend ihrer Bereitschaft gut eingebunden und integriert, sind der Garant für eine stabile Mitgliederentwicklung.

I. Aufgaben

Die Mitgliederbeauftragten sind für die Belange der Mitgliederpartei SPD zuständig. Die Mitgliederbeauftragten sorgen für die Einhaltung der Standards für Bindung, Betreuung und Rückgewinnung von Mitgliedern. Sie sorgen dafür, dass die Mitgliederwerbung als zentrale Aufgabe der Parteiarbeit in den Gliederungen wahrgenommen wird.

Die Mitgliederbeauftragten berichten jährlich im Rahmen eines Mitgliederberichts für den jeweiligen Vorstand über die Mitgliederentwicklung. Der Mitgliederbericht informiert über die Zahl der Ein- und Austritte und die Aktivitäten der Gliederung zur Mitgliedergewinnung und -pflege. Weiterhin enthält er eine Beurteilung der Wirksamkeit der durchgeführten Maßnahmen. Der Mitgliederbericht wird zusammen mit dem Rechenschaftsbericht abgegeben. Die Vorstände sollen hieraus konkrete Ziele zur Mitgliedergewinnung und Vorschläge zur Verbesserung der Mitgliederentwicklung erarbeiten.

II. Aufgabenbeschreibung auf den unterschiedlichen Gliederungsebenen der Partei

- Mitgliederbeauftragte des Ortsvereins:

- Verantwortung für gute direkte, persönliche Kontaktpflege und das Vorhandensein von Ansprechpartnern für die Mitglieder
- Die Mitgliederbeauftragten kümmern sich darum, dass alle Belange der Mitglieder in Bezug auf ihre Parteimitgliedschaft Berücksichtigung finden. Sie sorgen dafür, dass Neumitglieder und zugezogene Mitglieder schnell kontaktiert und gut eingebunden werden, der Kontakt

zu passiven oder älteren Mitgliedern nicht abreißt und austrittswillige Mitglieder kontaktiert werden.

- Die Mitgliederbeauftragten organisieren Befragungen nach den Erwartungen, Interessen, Fähigkeiten und Eintrittsmotiven der Neumitglieder und geben diese Informationen an den Vorstand weiter o Sie sorgen für die Umsetzung und Sicherstellung der Standards für Bindung, Betreuung und Rückgewinnung von Mitgliedern
- Sie entwickeln Vorschläge zur aktiven Mitgliederwerbung
- Die Mitgliederbeauftragten sorgen dafür, dass Ehrungen der Parteijubilare fristgerecht stattfinden und Geburtstagsglückwünsche übermittelt werden.

- Mitgliederbeauftragte des Unterbezirks:

- Übernahme der Aufgaben der Mitgliederbeauftragten der Ortsvereine, soweit diese nicht benannt sind und die Ortsvereine dem zustimmen
- Umsetzung und Sicherstellung der Standards für Bindung, Betreuung und Rückgewinnung von Mitgliedern
- Durchführung regelmäßiger Neumitgliedertreffen/-seminaren auf Unterbezirksebene. Im Einzelfall kann dies auf die Landes- bzw. Bezirksebene verlagert werden
- Ansprechpartner für Mitgliederbeauftragte der Ortsvereine
- Durchführung jährliches Treffen der Mitgliederbeauftragten der Ortsvereine
- jährlicher Mitgliederbericht über Mitgliederentwicklung und Aktivitäten des Unterbezirks an den Vorstand
- Entwicklung von Konzepten und Strategien zur Verbesserung der Mitgliederentwicklung und der gezielten Mitgliederwerbung in ihrem Zuständigkeitsbereich

- Mitgliederbeauftragte des Landesverbands/Bezirks:

- Umsetzung und Sicherstellung der Standards für Mitgliederbindung - betreuung und –rückholung in den Gliederungen
- Durchführung jährliches Treffen der Mitgliederbeauftragten der Unterbezirke
- jährlicher Mitgliederbericht über Mitgliederentwicklung und Aktivitäten, Projekte, Kampagnen etc. des Landesverbands/Bezirks
- Entwicklung von Konzepten und Strategien zur Verbesserung der Mitgliederentwicklung und der gezielten Mitgliederwerbung in ihrem Zuständigkeitsbereich
- Sicherstellung von Schulungsangeboten

- Mitgliederbeauftragter des Bundes:

- Bestimmung der Standards für Bindung, Betreuung und Rückholung der Mitglieder
- Entwicklung von Pilotprojekten, Kampagnen und Bildungsangeboten für Mitgliederbeauftragte, Sammlung von Praxisbeispielen
- Ansprechpartner für Mitgliederbeauftragte der LV/Bez.
- Durchführung einer jährlichen Konferenz der Mitgliederbeauftragten der LV/Bez.
- Jährlicher Mitgliederbericht über Mitgliederentwicklung und Aktivitäten

- Entwicklung von Konzepten und Strategien zur Verbesserung der Mitgliederentwicklung und der gezielten Mitgliederwerbung in ihrem Zuständigkeitsbereich
- Sicherstellung von Schulungsangeboten
- Auf- und Ausbau eines Servicetelefons für Mitglieder

III. Unterstützung

Die Mitgliederbeauftragten werden geschult. Die Mitgliederbeauftragten erhalten Zugang zu den Mitgliederdaten ihrer Gliederungen, wobei hiervon nicht die beitragsrelevanten Daten wie Kontodaten und Mitgliedsbeitrag erfasst sind. Näheres regelt die SPD-Datenschutzrichtlinie. Die Mitgliederbeauftragten erhalten zeitnah Informationen über die Mitgliederänderungen ihrer Gliederung per Email sowie Arbeitshilfen für die standardisierte Erstellung des Mitgliederberichts. Jährlich finden Konferenzen der Mitgliederbeauftragten auf jeder Ebene statt. Diese dienen dem Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen Arbeitsplanung.

Anlage H: Handreichung zum Aufgabenprofil Delegationsleitung Landesparteitage

Vorher:

- Informationen parat haben zur Delegation, Kommissionsmitgliedern (MPZK, AK, Präsidium) aus dem Kreis und Anträgen aus dem Kreis
- Abfrage Teilnahme Delegierte und Übersicht nachrückende Ersatzdelegierte (macht Kreisbüro bis kurz vor dem LPT) aktuell haben. Bei kurzfristigen Absagen die nächsten Nachrücker*innen selbstständig informieren und abfragen
- Delegiertenvorbesprechung terminieren und einladen (digital oder Präsenz) über Kreisbüro. Dort Ablauf LPT durchgehen, ggf. auf Personalfragen hinweisen und Überblick über Antragslage geben, Voten der Delegation zusammentragen (z. B. in gemeinsam bearbeitbarem Dokument)
- Mitglied aus dem Kreis in der Antragskommission vorab ansprechen für Bericht in der Delegiertenvorbesprechung. Überblick Antragslage und Blick auf die Anträge aus dem eigenen Kreis
- Ggf. Messengergruppe für die Delegation einrichten (wegen Datenschutz mit Unterstützung Kreisbüro, die die Delegierten anschreiben und um Zustimmung dazu bitten)
- Ggf. kurze Vorbesprechung zu Beginn des LPTs ansetzen

Vor Ort:

- Rechtzeitig vor Beginn LPT da sein
- Sitzplatz idealerweise vorne am Rand der Delegation (damit Absprachen mit anderen Delegationen o.ä. einfacher möglich sind und ihr seid für die eigene Delegation sichtbar und ansprechbar)
- Bei kurzfristigen Ummeldungen (Ersatzdelegierte zu Delegierten) am Akkreditierungscounter vor Ort sein und unterschreiben
- Ggf. noch fehlende Delegierte kontaktieren
- Für die MPZK die Übersicht zur Delegation haben und bestätigen (meist kommt jemand aus der MPZK oder dem KSH auf euch zu)
- Mit AK-Mitglied abstimmen, dass aktuelle Antragsentwicklungen (Initiativanträge, Änderungen zu den Kreis-Anträgen o.ä.) in die Messengergruppe gehen

- Wenn Haltung der Delegation zu Anträgen klar ist, deutlich für alle sichtbar abstimmen zur Orientierung
- Ggf. mit anderen Delegationen oder Antragsstellenden oder Präsidium Absprachen treffen zu Änderungsanträgen, Initiativanträgen oder Personalvorschlägen.
- Regelmäßig aktuelle Infos in die Messengergruppe schicken bei Änderungen o.ä.
- Delegationsfoto zeitlich und örtlich einplanen und allen Bescheid geben (nicht zu spät, damit noch alle da sind)
- Wenn Delegationsmitglieder sprechen, Fotos organisieren und die Delegation ermutigen, mit Klatschen zu unterstützen
- Neu: Delegation des Entgegennehmens und Verteilens von Änderungsanträgen, Voten der Antragskommission und Initiativanträgen in der Delegation

Im Nachgang:

- Social Media Begleitung für den Kreisaccount organisieren/delegieren
- Antragsverfolgung im Kreis organisieren/delegieren

Anlage I: Übersicht zu Wahl- und Benennungsämtern in der SPD Berlin

Funktion	Wahl/Benennung	Land	Kreis	Abt.	Grundlage
Vorsitz	Wahl	x	x	x	Statut
Stellvertretung	Wahl	x	x	x	Statut
Kassierung	Wahl	x	x	x	Statut
Schriftführung	Wahl		x	x	Statut
Beisitz	Wahl	x	x	x	Statut
Vertretung Kreis im Vorstand	Wahl	x			Statut
Vertretung AG im Vorstand	Wahl	x	x		Statut und Richtlinie der AG
Vertretung Abt im Vorstand	Wahl		x		Statut
Revisor*innen	Wahl	x	x	x	Statut
Mitglieder Schiedskommission	Wahl	x	x		Statut
Antragskommission LPT Vertretung Kreis > Land	Wahl	x			Statut
Antragskommission LPT Beisitzer*innen	Benennung	x			Statut
Antragskommission KDV	Wahl		x		Statut

Mandatsprüfung LPT bzw. KDV	Wahl	x	x		Statut
Wahlkommission LPT bzw. KDV	Wahl	x	x		Statut
Präsidium LPT bzw. KDV	Wahl	x	x		Statut
Vertrauensteam LPT	Wahl	x			OrgaBeschluss 2018
Awareness-Team	Benennung		x		LPT-Beschluss
Delegierte LPT	Wahl		x		Statut
Delegierte LVV	Wahl		x		Statut, Bundes- bzw. Europawahlgesetz
Delegierte KDV	Wahl			x	Statut
Delegierte KVV/ WKK	Wahl			x	Statut, Bundes- bzw. Europawahlgesetz
Delegierte*r BPT	Wahl	x			Statut
Delegierte*r Parteikonvent	Wahl	x			Statut
Fraktionsvorsitz qua Amt	automatisch nach Wahl in Fraktion	x	x		Statut
Seniorenbeisitz	Wahl			x	Statut
Stimmbezirksbeauftragte*r	"soll einsetzen"			x	Statut
Wahlkampfbeauftragte*r	Benennung		x	x	de facto nach Aufruf des LV vor Wahlkämpfen
Bildungsbeauftragte*r	Benennung	x	x	x	BPT/PV-Beschluss - Richtlinien vorhanden

Vertrauensbeauftragte*r für Gleichstellung	Benennung	x	x	x	LPT-Beschluss
Internet-Beauftragte*r	Benennung	x	x	x	BPT/PV-Beschluss - Richtlinie vorhanden
Mitglieder-Beauftragte*r	Benennung	x	x	x	PV-Beschluss
ggf. Geburtstagsbeauftragte*r	Benennung				optional

Zu Stimmbezirksbeauftragte*r: Wird in der SPD Berlin nicht mehr praktiziert.

Anlage J: Abteilungsgrößen im Landesverband Berlin

- 50 oder weniger Mitglieder: 13 Abteilungen
- 51 bis 100 Mitglieder: 34 Abteilungen
- 101 bis 150 Mitglieder: 25 Abteilungen
- 151 bis 200 Mitglieder: 18 Abteilungen
- 201 bis 250 Mitglieder: 5 Abteilungen
- 251 bis 300 Mitglieder: 10 Abteilungen
- 301 bis 350 Mitglieder: 5 Abteilungen
- 351 bis 400 Mitglieder: 3 Abteilungen
- über 400 Mitglieder: 3 Abteilungen